

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher neue Zeitung. 1947-1949 1949**

230 (25.11.1949)



# KARLSRUHER NEUE ZEITUNG

Erscheint täglich, außer Donnerstag und Sonntag. — Redaktion, Verlagsabteilung, Vertrieb und Druck: Karlsruhe, Waldstr. 38, Tel. 82233. (Dringend Presse.) — Anzeigenannahme: Karlsruhe, Kaiserstr. 69, Tel. 669; Durisch, Pfalzstr. 49; Ellingen, Leopoldstr. 1, Tel. 36. — Kein Ersatzanspruch bei Störung durch höhere Gewalt.

Süddeutsche Allgemeine

Bezugspreis monatlich DM 2,40, einschließlich Trägergebühr, Postzustellung DM 2,20 zuzüglich Zustellgebühr. — Anzeigenpreis: Die sechs-spaltige 46 mm breite Millimeterzeile Millimeter-Grundpreis DM — 60, im übrigen siehe zur Zeit gültige Preisliste Nr. 1. — Postcheckkonto: Postcheckamt Karlsruhe Nr. 30 207.

3. Jahrgang / Nummer 230

Karlsruhe, Freitag, 25. November 1949

Einzelpreis 15 Pfennig

## Deutsch-alliiertes Abkommen veröffentlicht

Regierungserklärung Dr. Adenauers vor dem Bundestag — Reichswerke Salzgitter nicht von der Demontage befreit

BONN, 24. 11. (dpa). Am Donnerstagmorgen kurz nach 17.00 Uhr erteilte Bundeskanzler Dr. Köhler dem Bundestag Dr. Adenauer das Wort zu dem mit Spannung erwarteten außenpolitischen Regierungserklärung.

Das deutsch-alliierte Übereinkommen hat nach den Worten Dr. Adenauers einen sehr großen Teil unserer Wünsche erfüllt. „Das Abkommen“, so sagte er, „steht für die deutsche Wirtschaft einen großen Erfolg dar und sei politisch außerordentlich hoch zu bewerten, da zum erstenmal seit dem Zusammenbruch die Gleichberechtigung Deutschlands offiziell anerkannt wurde. Das Abkommen stimmt mit dem Geist des Friedens überein, und nur technische und juristische Gründe bildeten ein Hindernis für einen Friedensschluß.“

Adenauer umriß die Voraussetzungen, unter denen die Verhandlungen mit den Allii-

In der Schiffsfrage ist nach den Worten des Bundeskanzlers das letzte Wort noch nicht gesprochen. Das gelte auch für den Bau von Schiffen für ausländische Rechnung. In der Reparationsfrage sei die Bundesrepublik einen großen Schritt weitergekommen. „Unser Wirtschaftsministerium ist der Auffassung, daß hiermit etwa 90 Prozent unserer Wünsche erfüllt seien.“ Die Demontage in 18 Werken werde sofort eingestellt. Sehr bedauerlich sei es allerdings, daß es nicht gelungen ist, Watenstedt-Salzgitter vollständig von der Demontage zu befreien. Außer dem zum größten Teil bereits demontierten Stahlwerk würden aber die übrigen vorhandenen Einrichtungen erhalten bleiben. Die Hohen Kommissare hätten ihre Unterstützung zugesichert, daß in Salzgitter industrielle Einrichtungen angesiedelt werden, die den Zusammenbruch dieses Gebietes verhüten.

Nach dem deutsch-alliierten Protokoll das am Donnerstag um 17 Uhr veröffentlicht wurde, kann Deutschland an allen internationalen Organisationen beteiligt werden, in denen deutsche Mitarbeit und Sachkenntnis zum allgemeinen Wohl beitragen können.

### 18 Werke dürfen weiterarbeiten

Ferner wird die Demontage in den folgenden 18 deutschen Werken eingestellt.

#### a) Synthetische Treibstoff- und Kautschukwerke:

1. Farbenfabriken Bayer, Leverkusen (mit Ausnahme bestimmter Forschungseinrichtungen);
2. Chemische Werke Hüls;
3. Gelsenberg Benzin, Gelsenkirchen;
4. Hydrierwerke Scholven AG, Gelsenkirchen-Buer;
5. Ruhröl GmbH, Bottrop;
6. Ruhrchemie AG, Oberhausen-Holten;
7. Gewerkschaft Viktor, Castrop-Rauxel;
8. Krupp-Treibstoffwerke, Wanne-Eickel;
9. Steinkohlenbergwerk Rheinpreußen, Mörz;

## Schuman lehnt deutsche Aufrüstung ab

Das Verlangen Frankreichs nach Sicherheit ausschlaggebend

PARIS, 24. 11. (dpa). Niemand denke daran, Deutschland militärisch zu räumen, erklärte Außenminister Schuman am Donnerstag in der Deutschland-Debatte der französischen Nationalversammlung. „Als Vertreter Frankreichs lehne ich es ab, diese Möglichkeit auch nur ins Auge zu fassen.“ Die deutsche Aufrüstung sei vollzogen, fuhr Schuman fort. Von 325 Rüstungsfabriken seien 270 oder 80 Prozent vollständig demontiert worden. Von dem Rest werde keine Rüstungsfabrik von der Demontage gelassen werden. Keine der drei westlichen Besatzungsmächte habe die Wiederbewaffnung Deutschlands erwogen.

Kritiker hätten geäußert, daß die von den drei Westmächten gegenüber Deutschland eingeschlagene Politik logischerweise zu einer Neuaufrüstung Deutschlands führen müßte. Ihm erscheine es dagegen unlogisch anzunehmen, daß die Alliierten Deutschland gerade in dem Augenblick wieder bewaffnen würden, in dem sie erneut bekräftigen, daß sie es entworfen halten und die Rüstungsfabriken demontieren wollen. Der wesentliche Bestandteil der französischen Politik gegenüber Deutschland bleibe das Verlangen nach

10. Dortmunder Paraffinwerke, Dortmund;
11. Chemische Werke, Essener Steinkohle, Bergkamen;

#### b) Stahlwerke:

12. August-Thyssen-Hütte, Duisburg-Hamborn;
13. Hüttenwerk Siegerland AG, Charlottenhütte, Niederschelden;
14. Deutsche Edelstahlwerke, Krefeld;
15. Hüttenwerk Niederrhein AG, Duisburg;
16. Klöckner-Werke AG, Düsseldorf;
17. Ruhrstahl AG, Heinrichshütte, Hattingen;
18. Bochumer-Verein-AG, Gußstahlwerke, Bochum.

Die Demontage oder der Abbruch solcher Elektro-Oefen, die für die Aufrechterhaltung des Betriebes dieser Werke nicht notwendig sind, wird fortgesetzt.

### Keine Demontage in Berlin

Die Demontage in den IG-Farbenwerken Ludwigshafen-Opau wird teilweise eingestellt. In Berlin wird jegliche Demontage eingestellt. Bereits demontierte Einrichtungen werden, mit Ausnahme der in Berlin in Frage kommenden Einrichtungen, der internationalen Reparationsagentur zur Verfügung gestellt. Demontierte Werke dürfen nur mit Genehmigung des militärischen Sicherheitsamtes wieder aufgebaut oder wieder hergestellt werden. Die Begrenzung der Stahlproduktion auf 11,1 Millionen Tonnen pro Jahr bleibt bestehen.

Die Bundesregierung hat sich bereit erklärt, der internationalen Ruhrbehörde, in der sie zur Zeit nur durch einen Beobachter vertreten ist, als Mitglied beizutreten.

Die Bundesregierung hat ferner ihre feste Entschlossenheit erklärt, die Entmilitarisierung des Bundesgebietes aufrechtzuerhalten und mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die Neubildung irgendwelcher Streitkräfte zu verhindern.

Die Hohen Kommission und die Bundesregierung sind übereingekommen, daß nunmehr

Sicherheit, erklärte Schuman weiter. Dies sei von Bundeskanzler Dr. Adenauer anerkannt worden. Die alliierte militärische Besetzung Deutschlands stelle ein „wesentliches Element der französischen Sicherheit“ dar. „Die Anwesenheit der drei westlichen Besatzungsmächte auf deutschem Territorium ist ein integraler Bestandteil des atlantischen Verteidigungssystems.“

Die Frage der Besitzrechte an den Kohlengruben und den Fabriken des Ruhrgebietes schiebe die französische Regierung bis zu einer endgültigen Regelung in einem Friedensvertrag auf. Es bestehe kein Plan für französische Kapitalinvestitionen im Ruhrgebiet oder sonstwo in Deutschland. 1946 seien alle ausländischen Kapitalinvestitionen in Deutschland untersagt worden. Die Lage sei also „vollkommen klar“.

Außenminister Schuman erklärte außerdem, die deutsche Bundesrepublik werde im Januar eingeladen werden, als assoziiertes Mitglied in die beratende Versammlung des Europarates einzutreten. Er hielt es für möglich, daß der Beitritt bis zum Sommer nächsten Jahres vollzogen sein werde.

## Nordbadischer Obstbau gefährdet

San-José-Schildlaus verseucht den Obstbaumbestand in 240 Gemeinden

STUTT GART, 24. 11. (SAZ-Ber.) In der Mittwochssitzung des Landtags wurden die katastrophalen Folgen der Schildlausplage in der nordbadischen Obstbauwirtschaft eingehend besprochen und von verschiedenen Abgeordneten an die Obstbaubesitzer der Appell gerichtet, von sich aus durch sachgemäße Pflege ihren Teil dazu beizutragen, diese Pest des Obstbaues zu beseitigen. Der CDU-Abg. Bilski, Bruchsal, gab an Hand von Zahlen einen erschreckenden Einblick in die Lage der Obstbauwirtschaft Nordbadens, die seit dem Sommer 1947 unter einem Massenbefall des gefährlichsten Feindes unserer Obstbäume, der San-José-Schildlaus, zu leiden hat. Auch die Gebiete von Karlsruhe, Mannheim und Heidelberg sind durchgehend verseucht, jedoch ist noch kein hundertprozentiges Mittel zur Vertilgung dieser Parasiten gefunden worden.

Landwirtschaftsminister Stöckl erklärte hierzu, die Wirkungen der San-José-Schildlaus seien im Landestell Baden tatsächlich so, daß man sagen müsse, der Obstbau in Baden sei in höchster Gefahr. Gelänge die Vernichtung des Schädlings nicht, so entstehe in Kürze die gleiche Gefahr für den nordwürttembergischen Obstbau. Württemberg-Baden hätte aus eigener Kraft die notwendigen Bekämp-

fungsmaßnahmen nicht finanzieren können, so daß die Frankfurter Landwirtschaftsverwaltung im Haushaltsjahr 1948/49 3,8 Mill. DM für die Bize, davon allein 3,2 Millionen für Württemberg-Baden, fast ausschließlich für Nordbaden, zur Verfügung stellte. In Nordbaden seien 240 Gemeinden, in Württemberg dagegen bisher nur vier Gemeinden von der Laus befallen.

Eine nicht weniger ausgedehnte Debatte wurde dem Problem der Beschäftigung schulentlassener Jugendlicher gewidmet. Abg. Kuhn, Mannheim, trug zunächst die Vorschläge des kultur- und sozialpolitischen Ausschusses vor, über die wir bereits berichtet haben. Ein SPD-Antrag auf Verlängerung der Schulfortbildung wurde von den Ausschüssen als eine untragbare Lösung bezeichnet, da die Zahl der Schulentlassenen in den nächsten Jahren noch weiter steige und man die jetzt entlassenen Schüler nicht auf die Stellen der kommenden Jahre verweisen könne. Der Landtag bat schließlich nach mehrstündiger Aussprache die Staatsregierung sofort gemeinsame Maßnahmen zu treffen und geeignete Einrichtungen zur Beschäftigung, Betreuung und beruflichen Förderung der Schulentlassenen zu schaffen.

die schrittweise Wiederaufnahme von konsularischen und Handelsbeziehungen mit dem Ausland in Angriff genommen wird.

### Erweiterter Schiffsbau

Der Bau von Hochseeschiffen, mit Ausnahme von Passagierschiffen, und der Bau von Tankern bis zu 7200 Tonnen, von Fischerfahrzeugen bis zu 650 Tonnen und von Küstenfahrzeugen bis zu 2700 Tonnen mit einer Geschwindigkeit von 12 Knoten kann unbeschränkt aufgenommen werden. Die Bundesregierung kann mit Zustimmung der Hohen Kommission bis zum 31. Dezember

## Sie lesen heute:

Die Karlsruher Neue Zeitung antwortet  
Herrn Generaldirektor Alex Müller  
Das zweite Karlsruher Frauenforum  
Falschgeldprozesse reißen nicht ab  
Vorsicht vor „Stromzähler-Prüfern“

1950 sechs Spezialschiffe ankaufen oder bauen, deren Tonnage und Geschwindigkeit diese Beschränkungen überschreiten. Deutsche Werften werden einstweilen zum Bau von Schiffen für Exportzwecke ermächtigt, jedoch unter Beschränkung auf die Typen und die Zahlen, die für den Bau von Schiffen für die deutsche Wirtschaft gelten. Die Reparatur ausländischer Schiffe wird ohne Einschränkung genehmigt.

### Kriegszustand noch nicht beendet

Die Frage der Beendigung des Kriegszustandes bedarf noch der Prüfung. — Auf dem Gebiet der Dekartellisierung und zur Beseitigung monopolistischer Tendenzen wird die Bundesregierung gesetzgeberische Maßnahmen treffen, die von der Hohen Kommission auf Grund des Besatzungsstatuts getroffenen Entscheidungen entsprechen.

### Freude im Ruhrgebiet

HAMBURG, 24. 11. (dpa). In den bisher zur Demontage vorgesehenen Betrieben des Ruhrgebietes hat die Verkündigung des Demontagetags eine freudige Stimmung ausgelöst. „Die Leute auf dem Werk rufen sich die Einstellung der Demontage freudig zu“, teilt die Betriebsleitung der Chemischen Werke Bergkamen mit. „Es herrscht eine Stimmung wie am Weihnachtsfest“. — Die Werksleitung der Krupp-Treibstoffwerke in Wanne-Eickel erklärt: „Uns ist ein Stein vom Herzen gefallen. Alle sind begeistert. Es ist ein außerordentlicher Erfolg von Dr. Adenauer.“ — Betriebsleitung der Dortmunder Paraffinwerke: „Der Erfolg ist ganz beachtlich. Es ist ein wesentlicher Fortschritt.“

### SPD mißbilligt Vorgehen Adenauers

BONN, 24. 11. (dpa). Die SPD hat den Bundestag aufgefordert, zu mißbilligen, daß der Bundeskanzler das Abkommen mit der Hohen Kommission ohne Ermächtigung unterzeichnet hat. Die sozialdemokratische Fraktion hat dem Bundestag rund 30 Minuten nach der Erklärung des Bundeskanzlers einen entsprechenden Antrag vorgelegt. Nach Meinung der SPD wäre eine bundesgesetzliche Ermächtigung gemäß Artikel 24 des Grundgesetzes notwendig gewesen, da durch die Unterzeichnung Hoheitsrechte übertragen worden seien. Auch gemäß Artikel 59 des Grundgesetzes hätte das Abkommen der Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften durch ein Bundesgesetz bedurft.

### Hausratshilfe noch vor Weihnachten

BONN, 24. 11. (UP). Der Vorsitzende des Lastenausgleichsausschusses des Bundestages teilte mit, daß auf Grund der vom Bundesministerium für Finanzen gegebenen Auskünfte die Mittel für Hausratshilfe vom Soforthilfefond zur Verfügung gestellt werden können. Der Bundestag hatte in seiner letzten Sitzung diese Mittel mit 120 Millionen DM festgesetzt. Nach Mitteilung des Ausschussvorsitzenden sollen die Gelder noch vor Weihnachten zur Ausschüttung gelangen.

### Notopfer soll verlängert werden

BONN, 24. 11. (UP). Der Bundesrat stimmte der Verlängerung des Notopfers Berlin bis zum Dezember 1950 mit 32 gegen 11 Stimmen zu. Die Länder Bayern, Baden und Württemberg-Hohenzollern sprachen sich für eine Verlängerung um nur drei Monate bis zum 31. März 1950 aus.

### „Wehrpflicht in der Ostzone“

BERLIN, 24. 11. (dpa). Der Westberliner „Abend“ meldet, General Tschukow habe auf einer Konferenz für April des kommenden Jahres die allgemeine Wehrpflicht in der Ostzone angekündigt. Die Stärke der „demokratischen Volksarmee“, in der die Volkspolizei aufgehen soll, dürfe nach der Entscheidung Moskaus 300 000 Mann nicht überschreiten. Die Vorbereitungen für die allgemeine Wehrpflicht sollen dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Walter Ulbricht übertragen worden sein. Der Befehlshaber der Volkspolizei, Dr. Fischer, habe die Aufstellung und Ausbildung der Panzertruppen als besonders dringlich bezeichnet. Dagegen dürfe die Entwicklung einer eigenen Luftwaffe nicht über die Ausbildung mit sowjetischen Flugzeugen hinausgehen. Die Volksarmee solle in sechs Gruppenkommandos gegliedert werden, von denen jedes eine Panzergruppe und eine Gruppe motorisierter Infanterie umfaßt. Die Panzerregimenter sollen mit „T34“-Stalin-Panzern und Sturmgeschützen ausgerüstet werden.

leren geführt wurden. „Wir dürfen nicht vergessen, welches Unglück durch die nationalsozialistische Regierung über die ganze Welt gekommen ist und daß noch heute fast alle Völker der Erde schwer zu leiden haben unter den Folgen des Krieges. Außerdem erinnere ich daran, daß wir infolge des totalen Zusammenbruchs ohne Macht sind. Es kommt jetzt darauf an, Stück für Stück das Vertrauen wiederzugewinnen und nicht etwa aufzutrompeln und auf die Uneinigkeit anderer Mächte zu spekulieren.“

Zur Bereitschaft der Bundesregierung, dem Ruhrabkommen beizutreten, versicherte Dr. Adenauer, daß dadurch keinerlei neue Verpflichtungen für Deutschland entstehen, daß die Bundesrepublik im Gegenteil durch die Entscheidung eigener stimmberechtigter Vertreter aktiven Einfluß auf die Ruhrbehörde nehmen könne. Auf die vorgesehene Möglichkeit der Änderung von Bestimmungen des Ruhrstatuts habe die Bundesregierung jedoch noch keinen entscheidenden Einfluß, da statutenmäßig nur die Signatarmächte über die Änderung zu beschließen haben. Die Ruhrbehörde als solche, also einschließlich der deutschen Vertreter, könne nur Änderungen empfehlen. Nach Lage der Dinge sei es völlig klar, so betonte Adenauer, „daß wir durch die Entscheidung eines stimmberechtigten Vertreters in die Ruhrbehörde nicht Vertragspartner des Londoner Abkommens werden.“

### Welt-Rundschau

MANILA (UP). Zwölf Angehörige der philippinischen Schutztruppe wurden bei einem Zusammenstoß mit kommunistisch geführten Rebellen getötet. — HONGKONG (UP). Kweilin, die evakuierte Hauptstadt der Provinz Kwangsi, wurde von den Kommunisten besetzt. — FORT WORTH. Die USA werden bald imstande sein, eine Luftlandedivision in Stärke von 17 000 Mann mit nur 44 Flugzeugen über den Atlantik nach Europa zu werfen. — MONTEVIDEO. Die USA und Uruguay haben einen zehnjährigen Freundschafts- und Wirtschaftsvertrag abgeschlossen. — PARIS. In Frankreich wird das öffentliche Leben am Freitag durch einen 24stündigen Generalstreik praktisch zum Erliegen kommen. — PRAG. Zu Stahns 70. Geburtstag am 20. Dezember wollen tschechoslowakische Arbeiterinnen ihm einen Teppich von 20 qm Größe schenken. — JERUSALEM (UP). Am Mittwoch brach in der Grabeskirche im arabischen Sektor Jerusalems plötzlich ein Feuer aus. Das Feuer wurde jedoch von arabischen Legionären gelöscht. (Alle hier nicht gezeichneten Nachrichten „dpa“)



KARLSRUHER NEUE ZEITUNG

Umstrittene Demontage

ONA. Die Außenminister der Alliierten haben sich für eine Reduzierung der Demontage entschließen müssen, nicht nur, weil es notwendig war, das Prestige der Alliierten in Westdeutschland zu retten, sondern auch, um die deutsche Wirtschaft vor dem Untergang zu bewahren.

Kürzlich erschien in einer deutschen Zeitung ein leidenschaftlicher Appell, in dem Adenauer zugerufen wurde, jetzt zu handeln, wenn er nicht um einen Haufen Ruinen feilschen wolle.

Die Deutschen empören sich am meisten über die in gewissen Fällen zutage tretende Abundanz des Demontageprogramms. Da gibt es zum Beispiel den Fall der Gelsenberg-Benzin-AG in der britischen Zone.

Es stimmt, daß die Herstellung von synthetischem Benzin durch das Washingtoner Abkommen über Reparationslieferungen verboten ist. Aber mit dieser Demontage würden — wenn sie fortgesetzt worden wäre — 3 Millionen Dollar zum Fenster hinausgeworfen.

Ein anderer, viel diskutierter Fall ist der der August-Thyssen-Hütte in Duisburg. Eines der größten und modernsten Stahlwerke Europas, stellt sie einen Wert von etwa 420 Millionen DM dar.

Der Widerstand gegen das Demontageprogramm geht keineswegs nur von den Besitzern der zum Abbau verurteilten Werke aus. Die Gewerkschaften haben ihre Mißbilligung mindestens ebenso laut zum Ausdruck gebracht.

250 000 neue Wohnungen vorgesehen

Vier Millionen Wohnungen fehlen noch — Mehr Vergünstigungen für die Bauherren

BONN. (UP). Der Gesetzentwurf zur Förderung des Wohnungsbaus, der von der Bundesregierung augenblicklich beraten wird, sieht die Errichtung von schätzungsweise 250 000 Wohnungen im Baujahr 1950 vor.

Das Programm für 1950 bedeutet die Investierung von 2,3 bis 2,5 Milliarden DM, nach den bisher geführten Verhandlungen erscheint die Aufbringung von 1,6 bis 1,8 Milliarden DM gesichert.

Die steuerlichen Vergünstigungen des zweiten Gesetzes zur Steuerreform sollen im Hinblick auf die kleinen Einkommen und Nichtgewerbetreibenden erweitert werden.

2. Sobald durch Senkung des Zinsfußes die Voraussetzungen gegeben sind, wird Vorsorge getroffen werden, daß der „Beleihungsraum“ für erste Hypotheken auf 60 bis 70 Prozent des nachhaltigen Ertragswertes ausgedehnt werden.

3. Der Bundestag soll ersucht werden, den Wohnungsbauminister zu ermächtigen, durch die Übernahme von Bürgschaften der öffentlichen Hand die Hergabe von nachstelligen Hypotheken durch die dazu berechtigten Institute zu ermöglichen.

4. Eine Bevorzugung der abgeschlossenen Bausparverträge durch das zentrale

Bankensystem wird die Zuteilungen beschleunigen und damit dem Bausparer einen erheblichen Auftrieb geben.

3. Die Verwendung von Eigenkapital muß dadurch besonders gefördert werden, daß ihm eine gleiche Verzinsung zubilligt wird wie der ersten Hypothek.

In Verhandlung mit den Ländern will man darauf hinwirken, daß die Baupolizei- und Baugenehmigungsverfahren vereinfacht und die Gebühren gesenkt werden.

1. Wohnungen, die ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel errichtet werden, sind von der „Bewirtschaftung“ durch das Wohnungs-

amt, vom Mieterschutz und von jeder besonderen Mietpreiskontrolle auszunehmen.

2. Bei Wohnungen, die mit öffentlichen Mitteln gebaut werden, ist die Wohnungswirtschaft insoweit aufzulockern, daß dem Hauseigentümer das Recht zusteht, aus einer Vorschlagsliste des Wohnungsamtes einen ihm genehmen Bewerber innerhalb bestimmter Frist auszuwählen.

3. Bei allen Wohnungsneubauten ist dem Bauherren oder demjenigen, der nachhaltig zur Finanzierung der Wohnungen beiträgt, in angemessenem Rahmen ein erhöhter Eigenbedarf gegenüber den allgemeinen Belegungsnormen zugestehen, soweit die Wohnungen nicht ohnehin von der Bewirtschaftung freil sind.

Um die Versorgung der Berufssoldaten

Landesbischof Haug appelliert an den Bundespräsidenten

STUTTGART. (UP). Auf eine Intervention des evangelischen Landesbischofs von Württemberg, D. Martin Haug, für die ehemaligen deutschen Berufssoldaten an den Bundespräsidenten Professor Theodor Heuß hat dieser jetzt dem Bischof mitgeteilt, daß er bereits Bundeskanzler Adenauer gebeten habe, die Versorgung ehemaliger Berufssoldaten durch Bundesgesetz sicherzustellen.

In seinem Schreiben an den Bundespräsidenten hat Bischof Haug erklärt: „Ich bin tief betroffen über das Ausmaß des Unrechts, das den ehemaligen Berufssoldaten schon jahrelang geschieht. Es ist falsch und ungerecht, alle ehemaligen Berufssoldaten ohne Unterschied zu den Sündenböcken zu rechnen, denen das deutsche Volk seine jetzige Lage dankt.“

In seiner Antwort an Bischof Haug, in der Bundespräsident Heuß auf die kommende Regelung der Berufssoldatenversorgung durch Bundesgesetz hinweist, erklärt Heuß weiter, daß die Schwierigkeit des ganzen Problems darin liege, daß nicht etwa böser Wille, sondern ein unverständlicher Befehl der Besatzungsmächte für das jetzige Unglück der Berufssoldaten verantwortlich sei.

Gefangene gegen Geld freigelassen

KREFELD. (UP). Ein Angestellter des Cleverer Amtsgerichtes hatte in mehreren Fällen eingeleitete Gefangene gegen eine Geldsumme freigelassen, die er je nach Zahlungsfähigkeit und Strafmaß des Einzelnen zwischen 50 und 500 DM festsetzte.

Deutschland-Rundschau

München (UP). Am Mittwoch begann vor der Hauptkammer München das auf mehrere Tage angesetzte Spruchkammerverfahren gegen Frau Dr. med. Mathilde Ludendorff. — Regensburg (UP). Bei einem Einbruch in die Sparkasse des Ortes Pfaffenhausen bei Rottenburg-Laber wurden mehr als 35 000 DM entwendet.

Angebot aus der Ostzone

REGENSBURG. (UP). Ein ehemaliger Major der Schutzpolizei in Regensburg hat von dem Chef der Ostzonenpolizei in Berlin das Angebot erhalten, als sein Adjutant, eventuell mit dem Rang eines Obersten, in die Volkspolizei der Ostzone einzutreten.

Professor Radbruch †

HEIDELBERG. (UP). Professor Gustav Radbruch, der bekannte Heidelberger Staatsrechtslehrer und Politiker, ist am Mittwochmorgen einem Herzschlag erlegen.

Bezahlung der Kriegsgefangenen

BONN. (SAZ-Ber). Der Ausschuß für Kriegsgefangenenfragen beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit dem Problem der Guthaben, die deutsche Kriegsgefangene in einer Reihe von Ländern, vor allem in Rußland, Frankreich und England besitzen.

jetzt konnte man ihre Erregung beobachten. Von Zeit zu Zeit holte sie tief Atem, ihre feinen Nasenflügel bebten, und ein Zittern überflog ihren Kindermund.

Auf der gleichen Bank, unmittelbar gegenüber dem Staatsanwalt, hatte McNeill Platz genommen Zurückgelehnt, die Füße leicht von sich gestreckt, die Arme auf der Brust verschränkt, betrachtete der Amerikaner interessiert die Architektur der Saaldecke.

Zwischen zwei Justizsoldaten sitzend, in einem dunklen Anzug, Rudolf Curtius, die Spuren des Zweikampfes noch im Gesicht, ebenfalls blaß, die übermüdeten Augen hie und da auf Helene richtend, die ihm etwas gegenüberüber sah nicht aus wie jemand, der seine Sache als verloren betrachtete.

Hinter ihm hatte Doktor Freising sein Pult. Die bekannte Persönlichkeit des Anwalts und sein elegantes Äußeres zogen die Blicke der Damen auf sich. Vor ihm lagen seine umfangreiche Aktenmappe und zahlreiche Papiere.

Die Eröffnung des Prozesses begann mit den üblichen Formalitäten und ging dann zur Verlesung der Anklage über. Das Publikum erhob sich für die ganze Vorgeschichte von Rudolfs Schuld. Auf die anschließende Frage des Staatsanwalts, ob er sich zu der Ermordung des Gérard Dupuis bekenne, antwortete er mit einem festen „Nein“.

Als der Staatsanwalt nun sein Verhör fortsetzen wollte, unterbrach ihn der Vorsitzende höflich und stellte fest, der Angeklagte habe bei seiner letzten Vernehmung eine Mitteilung von erheblicher Bedeutung gemacht.

„Warum erwähnten Sie bisher nichts davon?“ fragte er Rudolf.

„Weil ich glaubte, ich hätte mich getäuscht, heute denke ich anders. Es ist ein Schuß gefallen.“

„Wer sollte Ihrer Meinung nach geschossen haben?“

„Es waren nur zwei Menschen im Park, der eine war Dupuis, der andere Varos. Einer von ihnen hat geschossen.“

„Bei Dupuis fand man keine Waffe.“ sagte der Staatsanwalt.

„Aber bei Varos.“ wandte Rudolf ein. Der Staatsanwalt sah zum Vorsitzenden. „Ich bitte, den Gefangenen Varos vorzuführen zu lassen und darüber zu befragen.“

IM IRRGARTEN DER LIEBE

43. Fortsetzung Nachdruck verboten

So kam es, daß sich der zweite Verhandlungssaal in dem alten, festungsähnlichen, grauen Gebäude des Wiener Landesgerichts mit einer großen Menschenmenge füllte.

Als Zeugen waren vorgeladen: Fräulein Helene von Vaubois, Hebr Patrick McNeill aus Stockholm, die Diener Mathieu Duval und Peter Mitterer.

Das Gericht hatte beschlossen, auch den bereits in Haft befindlichen Stepan Varos als Zeugen nochmals zu vernehmen. Er befand sich unter Bewachung in einem Nebenraum des Verhandlungssaales.

Hauptangeklagter war Rudolf Curtius. Die Anklage gegen ihn lautete auf Mord und Leichenberraubung. Der Staatsanwalt hatte eine weitere Anklage wegen Betruges fallen lassen da der Rechtsanwalt Doktor Freising im Namen der Familie von Vaubois dem Gericht erklärte, daß sich niemand durch Curtius betrogen oder geschädigt fühle und ebenso niemand gegen ihn Klage zu erheben wünsche.

Statt wie sonst bei ähnlichen Anlässen vor Eintritt des Gerichtshofes sich einem regen Meinungsaustausch hinzugeben, war es im Saale still und man las auf den Gesichtern die allgemeine Erwartung.

Der Vorsitzende, bekannt durch seine ungewöhnlich gedrückte Prozeßführung in früheren großen Verhandlungen, beherrschte durch seinen ausdrucksvollen Kopf den Richtertisch. Sein glänzendes weißes Haar und der gepflegte Seitensbart kontrastierten mit der friehen, gesunden Farbe seines gutgeschnittenen Gesichts.

Der Staatsanwalt war von breitschultriger, mächtiger Figur, etwa vierzig Jahre alt. Glattrasiertes, volles Gesicht, an eine römische Skulptur gemahnend. Fast kahl, mit dunkler Hornbrille. Ein glänzender Redner, schlagfertig und geistesgegenwärtig. Öffentliche Ankläger, hatte er sich in zahlreichen Prozessen als überaus energischer, aber gleichzeitig besonnener und geschickter Jurist erwiesen.

Fräulein von Vaubois saß blaß und gesenkten Blickes auf der Zeugenbank vor dem Richtertisch. Sie trug ein einfaches schwarzes Kostüm und sah zart und mädchenhaft aus. Ihr hübsches Gesichtchen zählte die Sorgen der aufregenden letzten Wochen. Auch



# Wir antworten Herrn Generaldirektor Alex Möller!

## Vergebliche dialektische Täuschungsversuche — Herr Möller hat nichts unternommen, um Herrn Samwer zu entlasten

In der Diskussion um die Angelegenheit Möller-Samwer haben wir in unserer Mittwochsausgabe eine ausführliche Zuschrift des Herrn Generaldirektors Alex Möller Raum gegeben. Herr Möller mag daraus einerseits ersehen haben, daß wir die von uns begonnene Debatte um seine Person fair zu führen gedenken; zum anderen mag ihm klar geworden sein, daß wir die Wiedergabe noch so weisheitsvoller Erklärungen, die er uns zuschickt, nicht zu fürchten haben. Im Gegenteil: Unsere Leser sollen auch die Argumente des Herrn Möller vollinhaltlich kennenlernen, damit sie in der Lage sind, sich selbst ihr Urteil zu bilden.

Bevor wir uns nun mit Möllers Antworten auf unsere sieben Fragen auseinandersetzen, ist es nötig eine grundsätzliche Feststellung zu treffen. Herr Möller hat in dem an die Redaktion gerichteten Begleitschreiben zu seinen umfangreichen Ausführungen die Behauptung aufgestellt, „In Kollektivarbeit mit Herrn Samwer“ seien ihm die bekannten sieben Fragen vorgelegt worden. Hierzu ist festzustellen — und der Verfasser gibt nicht nur seine ehrenwörtliche Versicherung, sondern ist auch bereit, diese Behauptung zu belegen —, daß die erste Fühlungnahme mit Herrn Samwer erst am Mittwoch, den 23. 11. 49, aufgenommen wurde. Herr Samwer war bis zu diesem Zeitpunkt keinem der Redaktionsmitglieder der Karlsruher Neuen Zeitung persönlich bekannt. Die Redaktion stand auch nicht etwa durch einen Mittelsmann mit Herrn Samwer in Verbindung.

Diese einleitende Feststellung erscheint uns darum so wichtig, weil Herr Möller offensichtlich der Annahme ist, es handele sich bei der Diskussion um seine Person um ein abgekartetes Spiel zwischen Herrn Samwer und uns. Im Grundsätzlichen, dies muß klar betont werden, interessiert uns die Person des Herrn Samwer überhaupt nicht. Was uns freilich interessiert, ist das nach unserer Meinung unverfälschte Verhalten einer an so hervorragender Stelle des öffentlichen Lebens stehenden Persönlichkeit wie die des Herrn Möller. Die in der Schlussbemerkung des Herrn Möller so deutlich sichtbar gewordene Befürchtung (vgl. Nr. 229), wir wollten ihn etwa aus seiner Position bei der Karlsruher Lebensversicherung verdrängen, ist nicht nur geradezu kindlich, sondern zeigt auch, daß Herr Möller noch gar nicht erfährt hat, um was es uns geht. Um es auch für ihn in aller Klarheit zu wiederholen: Es geht uns darum, das unverständliche und unserer Meinung nach auch von

der weitaus großen Mehrheit der Bevölkerung getadelte Verhalten eines Mannes aufzuzeigen, der als Landtagsabgeordneter und als Mitglied mehrerer einflussreicher Institutionen an exponierter Stelle des öffentlichen Lebens steht. Wir sind der Meinung, daß durch Handlungen bzw. Unterlassungen wie die des Herrn Möller dem Ansehen unserer neu geschaffenen demokratischen Staatsform und dem Vertrauen des Volkes in die persönliche Anständigkeit seiner repräsentativen politischen Vertreter schwerer Schaden zugefügt wird. Es bleibt noch, damit Herr Möller und die Öffentlichkeit voll im Bilde ist, hinzuzufügen, daß die Debatte um Herrn Möller einseitig seiner Person gilt, in keinem Wort und in keinem Gedanken jedoch der von ihm vertretenen Partei. Daraus resultiert als Selbstverständlichkeit, daß wir die von uns begonnene Diskussion nicht im Auftrag, auf Bitten oder mit Hilfe irgendeiner Partei eingeleitet haben, wie überhaupt keines der Redaktionsmitglieder irgendeiner Partei angehört oder besondere Verbindungen oder Verpflichtungen nach irgendeiner Richtung hin hat.

Wir betonen vorhin, daß wir die erste Fühlungnahme des Herrn Samwer erst vorgestern, also nach Veröffentlichung der umfangreichen Erklärungen Möllers, aufgenommen haben. Man wird uns daraus wohl kaum einen Vorwurf machen können, weil es ja nun eine Reihe von detaillierten Fragen zu klären galt. Unsere völlige Unabhängigkeit nach jeder Richtung ist dadurch nicht angetastet worden.

Und nun soll — wir hatten das unseren Lesern zugesagt — ein abschließendes Urteil über die gesamten Vorgänge, die mit dem Spruchkammerverfahren des Herrn Generaldirektors Samwer und mit Herrn Generaldirektor Möller im Zusammenhang stehen, abgegeben werden. Wir bitten unsere Leser um Nachsicht, wenn diese Darlegungen mehr Raum in Anspruch nehmen, als wir uns vorgenommen hatten. Indessen ist es nötig, daß wir unsere Leser durch das dialektische Gestrüpp des Herrn Möller, das nur kritische Menschen zu beeindrucken vermag, zur Wahrheit hindurchführen. Wir werden dabei methodisch vorgehen und uns zunächst mit den Antworten Möllers auf unsere sieben Fragen auseinandersetzen. Zu dem Auslieferungsantrag der französischen Regierung, den Herr Möller mit in die Diskussion gebracht hat, bitten wir Herrn Samwer selbst Stellung zu nehmen. Ein abschließendes Urteil der Redaktion soll sich dann anschließen.

### Falsche Behauptungen Herrn Möllers

**Frage 1:** Auf Grund unseres Berichtes „Auf Möller eine Erklärung eingekassiert“, deren erste Ziffer im Auszug lautete: „Alles Herr Samwer belastende Material hat die französische Besatzungsmacht im Juni 1945 mitgenommen und nicht zurückgegeben. Ich war daher nie in der Lage, dem damaligen Betriebsratsvorsitzenden... irgendwelches Material“ auszuhändigen.“ Auf Grund dieser Feststellung des Herrn Möller hatten wir die erste unserer sieben Fragen ganz allgemein darauf abgestellt, ob es richtig sei, „daß zwar die französische Besatzungsmacht alles Herr Samwer betreffende Material mitgenommen hat, daß jedoch der Spruchkammer später neues Material übergeben wurde.“

Herr Möller geht in seiner Antwort an dem Inhalt dieser allgemeinen Fragestellung vorbei und erklärt lediglich, daß er der Spruchkammer kein Material gegen Herrn Samwer zur Verfügung gestellt habe oder habe zustellen lassen. Danach war nun allerdings gar nicht gefragt worden. Wir wollten lediglich auf Grund der Ziffer 1 der Erklärung des Herrn Möller (Nr. 227 der Karlsruher Neuen Zeitung) wissen, ob überhaupt solches Material später der Spruchkammer übergeben worden ist, obwohl nach Angabe des Herrn Möller „alles“ von den Franzosen mitgenommen worden war. Eine Rückfrage bei der Geschäftsstelle der Berufungskammer hat ergeben, daß in der Tat Material gegen Herrn Samwer eingereicht wurde. Es befindet sich in den amtlichen Akten, und zwar ist dieses Belastungsmaterial offiziell von der Betriebsvertretung der Karlsruher Lebensversicherung der Spruchkammer zur Verfügung gestellt worden. Damit ist die erste Frage von uns sachlich beantwortet.

#### Wer war der Auftraggeber?

**Frage 2:** Unsere 2. Frage lautete: „Ist es — entgegen Ihrer (Möllers) gestrigen Feststellung — richtig, daß Sie selbst, Herr Möller, dieses neue Material dem ehemaligen Betriebsratsvorsitzenden zur Verwendung vor der Spruchkammer übergeben haben?“ Als Antwort zitiert Herr Möller eine Erklärung des ehemaligen Betriebsratsvorsitzenden Lehmann vom 22. 11. 49. Dessen sachlich-nüchterne Erklärung steht in ihrem Juristendeutsch (das wohl kaum die Formulierung von Herrn Lehmann selbst sein dürfte) in kräftigem Gegensatz zu den verzweifelten Versuchen des Herrn Lehmann in der Berufungsverhandlung, sich möglichst um die Aussage herumzudrücken, wer ihm das Belastungsmaterial ausgehändigt habe. Es ist uns bekannt, daß Herr Lehmann bei der protokolllarischen Vernehmung in der ersten Instanz am 3. 5. 49 ausgesagt hat, daß ihm in seiner Eigenschaft als Betriebsratsvorsitzender „auch der Auftrag zuteil wurde, Belastungsmaterial gegen Herrn Samwer zusammenzutragen“. Ob wohl Herr Lehmann bereit ist, seinen Auftraggeber bekanntzugeben?

Nun, dies nur nebenbei. Wir möchten hier feststellen, daß Herr Möller sich mit der schriftlichen Erklärung Herrn Lehmann vom 22. 11. 49 sich selbst einen Rabendienst erwiesen hat. Denn aus dieser Erklärung geht eindeutig hervor, daß Herr Lehmann auch im Falle Samwer von Herrn Möller Unterlagen erhalten hat. Demnach ist also die Behauptung des Herrn Möller in Ziffer 1 seiner Erklärung in Nr. 227 der Karlsruher Neuen Zeitung falsch gewesen! Dort hatte er bekanntlich behauptet: „Ich war daher nie in der Lage, dem damaligen Betriebsratsvorsitzenden irgendwelches Material auszuhändigen.“ Nunmehr steht rein sachlich das genaue Gegenteil fest.

#### Viele Worte um ein Nichts

**Frage 3:** Unsere dritte Frage lautete: „Ist es richtig, daß Sie, Herr Möller, im Gegensatz dazu kein Material ausgehändigt haben, das Herr Samwer hätte entlasten können?“ Für die Beantwortung dieser Frage hat Herr Möller

den weitaus größten Raum beansprucht. Indessen geht seine Antwort an unserer Fragestellung fast völlig vorbei. Die allgemeine Darstellung Möllers soll beim unbefangenen Leser den Eindruck erwecken, als habe Möller sehr Bedeutsames zur Entlastung Samwers getan. In Wirklichkeit ist das gar nicht der Fall, wie leicht zu beweisen sein wird.

Die als Einleitung dieser Antwort wiedergegebene Erklärung des Gesamtbetriebsrats der Karlsruher Lebensversicherung, die uns nicht viel mehr bedeutet als ein propagandistisches Brillantfeuerwerk, kann hier inhaltlich übergangen werden, da sie keinerlei Beweise dafür enthält, daß Herr Möller Entlastungsmaterial für das Verfahren Samwer zur Verfügung stellte. Das im Anschluß daran von Herr Möller zitierte sehr ausführliche Schriftstück aber, von dem der unbefangene Leser annimmt, es sei der entscheidende Entlastungsbeitrag Möllers für Samwer, ist von der Karlsruher Lebensversicherung möglicherweise einer Spruchkammer aus Anlaß irgendeines anderen Verfahrens zur Verfügung gestellt worden. Im Spruchkammerverfahren Samwer jedenfalls hat es nicht vorgelegen. Daß, wie Herr Möller feststellt, „selbstverständlich auch die Betriebsvertretung dieses Schriftstück erhalten hat“, ist gänzlich uninteressant. Denn er hat nichts voranläßt, daß dieses offizielle Entlastungsmaterial der Gesellschaft vom Betriebsrat an die Spruchkammer Samwer übergeben wurde. Möller hat auch nichts unternommen, um dieses nicht ganz unbedeutende Schriftstück Herrn Samwer selbst zuzustellen.

Es ist ein zu billiger Roßtäuschertrick, wenn Herr Möller gewissermaßen als Einleitung vor der Bekanntgabe dieses entlastenden Schriftstückes darauf verweist, es seien darin Tatsachen angeführt, die zweifellos von Herrn Samwer zu seiner Entlastung ebenfalls in Anspruch genommen wurden. Selbstverständlich hat Herr Samwer eine Reihe dieser Tatsachen aus Kenntnis der früheren Vorgänge in der Gesellschaft (für die er ja zumeist selbst verantwortlich ist), bei seinem Verfahren angeführt. Daß aber Herr Samwer diese Tatsachen anführen konnte, ist nicht das Verdienst Möllers, der diese Unterlagen ja weder der Spruchkammer, noch Herrn Samwer zur Verfügung gestellt hat. Wie über-

### Eine Erklärung des Herrn Generaldirektors Samwer

Die Antwort des Herrn Generaldirektor Möller zur Frage 7 zwingt mich, aus meiner bisher gewährten Reserve herauszutreten, um kurz sachliche Aufklärung in Wahrung berechtigter Interessen zu geben. Es ist richtig, daß ein Franzose, mit dem ich ohne Verschulden meinerseits im Jahre 1941 eine Kontroverse hatte, nach dem deutschen Zusammenbruch einen Rechtsakt einleitete, dem jeder nach einer Niederlage ausgesetzt sein kann, der während eines Krieges in besetzten Gebieten seine Pflicht getan hat. Deutsche, aber auch französische Persönlichkeiten haben mir meine lautere Gesinnung, die sich für eine Verständigung der beiden Kulturen einsetzte, und meine korrekte Geschäftshandhabung bestätigt. Während meiner ehrenamtlichen Tätigkeit in den ehemals besetzten französischen Gebieten habe ich jeden materiellen Vorteil für meine Person abgelehnt und mir noch nicht einmal tatsächlich entstandene Auslagen ersetzen lassen. Die Sauberkeit meiner damaligen kommissarischen Verwaltungstätigkeit ist mir vom besten Sachkenner dieser speziellen Materie eidesstattlich versichert worden.

Die Spruchkammer der ersten Instanz hat nach Prüfung des Tatbestandes im Spruch festgestellt, daß es sich um eine zivilrechtliche, durch die Kriegsverhältnisse bedingte Angelegenheit handelte, die nicht unter das Befreiungsgesetz fällt.“ Die Berufungsklage hatte diese Entscheidung nicht angegriffen, so daß diese

hauptsächlich festgestellt werden muß — und dies beruht auf einer Akteneinsicht der Verteidigung Samwers — daß außer einem schwachen Brief des Herrn Möller, der in der 4. Fragebeantwortung Möllers zitiert ist, keine einzige entlastende Erklärung Möllers zugunsten Samwers in den Akten enthalten ist.

Für diese unverständliche „Zurückhaltung“ Möllers kennzeichnend ist die Zeugenaussage des früheren Betriebsratsvorsitzenden, die wir dem Verhandlungsprotokoll vom 14. 11. 49 entnehmen. Danach wurde der Zeuge befragt, „ob er das Schreiben des Herr Dr. Mattes vom 26. 9. 48 an den Vorstand der Karlsruher Lebensversicherung kenne?“ Dieses Schreiben des früheren badischen Finanzministers war eine ausgesprochene Entlastung zugunsten Samwers und befand sich schon seit Herbst 1945 in den Händen des Vorstandes. Der Zeuge antwortete: „Dieses Schreiben habe ich nie gesehen oder zur Kenntnis bekommen.“

Man braucht dieser eindeutigen Zeugenaussage wirklich nichts hinzuzufügen. Feststeht jedenfalls, daß Herr Möller weder dem Betriebsrat noch der Berufungskammer — wenn man von dem noch zu behandelnden Brief zu unserer Frage 4 absieht — Entlastungsmaterial für das Verfahren des Herrn Samwer zur Verfügung gestellt hat. Daran ändern all die vielen Buchstaben nichts, mit denen er unsere 3. Frage zu beantworten und den kritiklosen Leser zu bluffen versuchte.

#### Die Öffentlichkeit mag urteilen!

**Frage 4:** Unsere 4. Frage lautete: „Ist es richtig, daß Herr Samwer Sie, Herr Möller, nach 1933 in die Karlsruher Lebensversicherung aufnahm und Sie später in die Vorstandschaft berufen ließ, obwohl er wußte, daß Sie vor 1933 sozialdemokratischer Abgeordneter im Preussischen Landtag gewesen waren?“ Herr Möller behauptet in seiner Antwort, Herr Samwer habe den zweiten Teil dieser Frage ihm schon einmal durch die Berufungskammer vorgelegen lassen. Nach Herrn Samwers Mitteilung ist diese Behauptung des Herrn Möller falsch: die Frage sei nicht auf Veranlassung des Herrn Samwer, sondern unmittelbar vom damaligen Vorsitzenden der Berufungskammer Herrn Möller schriftlich vorgelegt worden.

Als Antwort auf den zweiten Teil unserer 4. Frage zitiert nun Herr Möller seinen Brief vom 2. 7. 49 an die Berufungskammer. Es ist nicht schwer, herauszufinden, daß Herr Möller die damaligen Vorgänge einseitig aus seinem subjektiven Empfinden darstellt. Man kann sich kaum denken, daß es selbst zur damaligen Zeit, als Herr Möller durch Herrn Samwer als stellvertretendes Vorstandsmitglied vorgeschlagen wurde (im März 1944), keine würdigen Fachleute für diesen qualifizierten Posten in Deutschland gab außer Herrn Möller. Viel wahrscheinlicher ist, daß Möller nicht gewissermaßen automatisch Vorstandsmitglied der Karlsruher Lebensversicherung wurde, sondern Samwer aus Toleranz und sachlichen Gründen diesen Vorschlag ge-

macht hat. Indessen schreibt Herr Möller selbst: „Tatsache ist allerdings, daß der damalige Präsident des Reichsaufsichtsamtes für das Versicherungswesen, Amend, meine Ernennung beanstandet hat mit dem Hinweis, daß ein früherer sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter nicht in den Vorstand einer Versicherungsgesellschaft berufen werden könne.“

Die Öffentlichkeit mag sich über diese Vorgänge selbst ein Urteil bilden. Jedem, der die Verhältnisse im „Dritten Reich“ auch nur einigermaßen kannte, ist klar, daß Vorstandsposten in der Wirtschaft nicht automatisch besetzt wurden. Es scheint vielmehr, als habe die in dem Spruchkammerverfahren Samwer deutlich zutage getretene Toleranz des Betroffenen zur Berufung Möllers geführt. Um aber für diese menschliche Einstellung Samwers aus der Fülle des der Spruchkammer vorgelegten Materials nur einige wenige Punkte auch für die Öffentlichkeit herauszugreifen: Samwer gewährte zahlreichen politischen Gegnern des Naziregimes in der Karlsruher Lebensversicherung Unterkunft, so z. B. dem früheren badischen Justizminister Dr. Mattes, dem kommunistischen Jugendführer in Hannover, Bungenstock, dem ehemaligen SPD-Landtagsabgeordneten und KZ-Häftling Janotta, dem nichtarischen jetzigen Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Karlsruher Lebensversicherung, Dr. Anders, und vielen anderen. Aktiv setzte sich Herr Samwer gegen die Beschlagnahme jüdischen Vermögens ein und gewährte den als Folge der Judenverfolgungen aus dem Innendienst der Gesellschaft entlassenen Juden die volle Pension. Es sind nicht wenige, die Herr Samwer für diese Haltung heute Dank wissen. Herr Möller, der den gleichen Schutz durch Herrn Samwer erhielt, hat ein solches Gefühl des Dankes offensichtlich nicht in seinem Repertoire.

#### Eine schwerwiegende Unterlassung

**Frage 5:** Als einzige der an ihn gestellten Fragen hat Herr Möller unsere Frage 5 mit einem glatten „Ja“ beantwortet und damit festgestellt, daß Herr Samwer ihn im Jahre 1944 auf Reisen schickte, damit er der Verhaftungsaktion Himmlers entgegenkäme. Es ist jedoch festzustellen, daß Herr Möller diesen Tatbestand im Verfahren Samwer nicht der Spruchkammer mitgeteilt hat. Zwar ist der Vorgang von Herrn Samwer in seinem Spruchkammerverfahren angeführt worden, indessen konnte er nicht aktenmäßig bewiesen werden, weil Herr Möller dieses und anderes persönliches Entlastungsmaterial zugunsten des Herrn Samwer weder in einer eidesstattlichen Versicherung, um die ihn Herr Samwer gelegentlich über den Vorsitzenden des Aufsichtsrates vorgeblich gebeten hatte, noch in einer protokolllarischen Vernehmung, noch als Zeuge im Berufungsverfahren unter Beweis stellte. Diese Unterlassung des Herrn Möller richtet sich vor selbst. Wir bedauern sie aus rein menschlichen Gründen sehr.

### Guttat wird mit Zynismus belohnt

**Frage 6:** Diese Frage lautete: „Ist es richtig, daß Herr Samwer damals seinen ganzen politischen Einfluß geltend machte, um die Verhaftung von Ihnen, Herr Möller, abzuwenden?“ Die von Herrn Möller auf diese Frage gegebene Antwort ist so niederträchtig, daß allein sie genügt, um das charakterliche Bild Herrn Möllers bloßzulegen. In geradezu zynischer Weise antwortet er nämlich: „Wenn Herr Samwer bei den Stellen, die Träger der Verhaftungsaktion Himmlers waren, diesen Einfluß besaß, ist die Frage wahrscheinlich zu bejahen.“ Mit anderen Worten: Herr Möller versucht nun Herrn Samwer für dessen damalige gute Tat an ihm jetzt politisch zu diffamieren. Dabei weiß Herr Möller aus seiner früheren intimen Freundschaft zum ehemaligen Kreisleiter von Karlsruhe, Herrn Worch, genau, daß schon dieser der Wahnsinnaktion Himmlers entgegentrat und neben anderen den schon verhafteten jetzigen Oberbürgermeister Tipper wieder befreite. Eines weiteren Kommentars bedarf diese für die Denkart Herrn Möllers so typische Antwort nicht.

#### Möllers „Sorge“ um Samwer

**Frage 7:** Die 7. Frage lautete: „Halten Sie es für menschlich anständig, Herr Möller, daß Sie sich, wenn Herr Samwer Ihnen in einer für Sie gefährlichen Zeit so entscheidend geholfen haben sollte, in dem Augenblick auf Ihre Landtagsimmunität beriefen, da Sie für Herrn Samwer so bedeutsames Entlastungsmaterial hätten liefern können?“ Herr Möller gibt an, der Verhandlung ferngeblieben zu sein, um auch nicht ungewollt eine Aussage zu machen,

„die eine für Herrn Samwer ungünstige Wendung hätte herbeiführen können“. Er spielt dabei auf eine französische Aktion gegen Herrn Samwer an. Wir haben Herrn Samwer gebeten, hierzu selbst Stellung zu nehmen, eine Stellungnahme, die wir auf dieser Seite gesondert wiedergeben.

Aber die Antwort Herrn Möllers ist doch in anderer Hinsicht interessant. Wenn Herr Möller wirklich Sorge um das Schickal Samwers hatte, dann hätte er, dies ist unsere bescheidene Ansicht, zumindest bemüht sein müssen, daß wenigstens eine schriftliche Erklärung oder Ähnliches von ihm selbst oder vom Betriebsrat zur Berufungsverhandlung geschickt wurde. Eine solche Haltung hätte seiner angeblichen Fürsorge für Herrn Samwer tatsächlich entsprochen. Aber es geschah nichts! Indessen ist es wiederum bezeichnend, daß Herr Möller auf eine Äußerung im Spruchkammerverfahren Worch in Ludwigsburg hinweist, eine Äußerung, die im Verfahren Samwer völlig unbekannt geblieben ist, denn auch von dieser Äußerung befindet sich in den Akten keinerlei Material.

(Zur Frage 7 bitten wir nun unsere Leser, zusätzlich noch die Stellungnahme Herrn Samwers zu lesen.)

#### Unser abschließendes Urteil

Ein paar wenige Bemerkungen zum Schluß, obwohl an sich nicht mehr viel zu sagen ist. Welche Folgerungen sich aus ungenutzten vorausgegangenen Darlegungen ergeben, ist unsdwer zu erraten: Herr Möller, dessen Person uns nicht interessieren würde, stünde er nicht zu so exponierter Stelle des politischen Lebens (Landtagsabgeordneter), hat in dem Spruchkammerverfahren Samwer eine charakterliche Haltung an den Tag gelegt, die eines vom Volk gewählten Mannes unwürdig ist. Ob Herr Möller Generaldirektor der Karlsruher Lebensversicherung bleibt, ist für uns uninteressant. Indessen glauben wir aussprechen zu dürfen, daß wir ihn trotz seiner gewiß nicht zu unterschätzenden Intelligenz und seiner Tatkraft in politischen Dingen nicht für die lautere und untadelige Persönlichkeit halten, welche die Gewähr dafür geben könnte, daß die Vertretung der Interessen des Volkes in einer sauberen, unbestechlichen Weise erfolgt. Wir möchten abschließend nur noch darauf hinweisen, daß zwei Tage vor der Berufungsverhandlung, also am Samstag, den 12. November 1949, der Betriebsratsvorsitzende der Karlsruher Lebensversicherung, Herr Braun, im Direktionswagen der Gesellschaft (I) bei Besitzern der Berufungsspruchkammer vorfuhr und diese besuchte. Es bedarf nach all dem, was oben dargelegt wurde, keiner großen Kombinationsgabe, um sich auszusuchen, welchen Zweck diese Besuche verfolgten.

Und noch ein Hinweis sei uns zum Schluß gestattet: Freunde Herrn Möllers haben uns am gestrigen Abend wiederholt ersucht, von einer weiteren Veröffentlichung im Falle Möller im Hinblick auf dessen Krankheit (Herr Möller liegt augenblicklich im Alten Diskontanzkrankenhaus) vorerst Abstand zu nehmen. Es wurde insoweit von mir ihm dankbar. A. Samwer.

(Fortsetzung auf Seite 4, unten)



Falschgeldprozesse reißen nicht ab

Eisässer zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt
Am Mittwochvormittag wurde vor dem amerikanischen Militärgericht gegen einen Eisässer französischer Staatsangehörigkeit, Georg Willer, verhandelt.

Am 12. September verhaftete die deutsche Polizei in Pforzheim zwei Deutsche, Feind und Krenkel, denen sie 434 falsche 5-DM-Noten abnahm.

Die Verteidigung wollte Willer nur als Gehilfe, nicht als Täter angeklagt wissen. Er sei nur Mittelsmann zwischen dem Polen und Rubitschon gewesen.

Vorsicht vor „Stromzähler-Prüfern“!

Wie die Städtischen Werke mitteilen, wird in der jüngsten Zeit von unbekanntem Elementen der Versuch gemacht, sich unter dem Vorwand, den Stromzähler nachprüfen zu wollen, Eingang in Wohnungen zu verschaffen.

Gustav Heller
Nachfolger Dr. Veits im Landtag

Wie bereits gemeldet, stellte Wirtschaftsminister Dr. Veit sein Landtagsmandat zur Verfügung, da er dem Bundestag angehört.

Werbefragen der Gegenwart

Der Bürgerverein der Weststadt hat es sich zur Aufgabe gemacht, neben gesellschaftlichen Abenden auch Vortragsabende über allgemein interessierende Themen zu veranstalten.

Zusammenkunft

Der „Bürgergesellschaft der Südstadt“ Anlässlich der 61. Wiederkehr des Gründungstages der „Bürgergesellschaft der Südstadt“ fanden sich die Mitglieder im Nowack-Saal zu einer Feier ein.

Sterbefälle vom 21.—23. November

Am 21. 11.: Jahn Eugen, Werkzeugschlosser, Kaiserallee 71 (63 J.); Huttinger Walter, Elektriker, Zähringerstr. 27 (85 J.).

Unsere Antwort an Herrn Möller

(Fortsetzung von Seite 3)
betont, daß der Zustand Herrn Möllers bei weiteren Veröffentlichungen unsererseits zu schwersten Besorgnissen Anlaß geben könnte.

Berufswahl - eine Frage der Begabung und Neigung

Interessante arbeitsrechtliche Probleme vor dem zweiten Karlsruher Frauenforum

Das in Anwesenheit der Referentin für Frauenfragen bei der amerikanischen Zivilverwaltung in Württemberg-Baden und der Leiterin des Frauenfunktions von Radio Stuttgart am Mittwoch im Ziegleraal abgehaltene und von Fr. Riegger vorbildlich geleitete zweite Karlsruher Frauenforum brachte nicht nur eine ganze Reihe interessanter Fragen, sondern auch sehr viele aufschlußreiche Antworten und einige Debatten berufenere Vertreter, insbesondere über tarif- und arbeitsrechtliche Probleme.

Schon die erste — von einem Mann gestellte — Frage nach den für die Zukunft aussichtsreichsten Frauenberufen gab den Vertretern der Berufsberatung beim Arbeitsamt Veranlassung, ein recht bedeutsames grundsätzliches Problem zu streifen, und darauf hinzuweisen, daß die Aussichten in einem Beruf, in dem ein Mensch 50 Jahre seines Lebens arbeiten müsse, auf eine solche Zeitspanne ganz unmöglich vorausgesetzt werden könnten.

Eine recht lebhaft entwickelte sich in der Frage der Entlassung älterer Angestellter, die auf Grund ihres höheren Lebensalters in günstigere Tarifgruppen kommen sollen.

Der Landesverband Nordbaden für Volksbibliothekare veranstaltete dieser Tage im Lesesaal der Karlsruher Volksbücherei eine Arbeitstagung, in deren Verlauf die Leiterin der Staats-Volksbücherei Nordbaden, Fr. Groß, über das Volksbüchereiwesen in Dänemark, das sie kürzlich kennenlernen konnte, berichtete.

Der Ausschlußfrist verlängert. Das Besatzungskostenamt teilt mit, daß die am 14. 1. 1949 im Amtsblatt Nr. 2 angegebene Ausschlußfrist (31. 1. 1949) nach einer Anordnung des Headquarters European Command (Circular 157) bis zum 31. 12. 1949 verlängert worden ist.

Aus Karlsruher Vortragskoll:

Kirche und Religion in der Sowjetunion

Ueber das Thema „Kirche und Religion“ in der Sowjetunion sprach am Montagabend Jesuitenpater Czekała in der bis auf den letzten Platz besetzten Kirche von St. Elisabeth. Der Redner, der seine Ausführungen mit bezwingender Objektivität vertrat, gab an Hand von Zahlen, schriftlichen Dokumenten und administrativen Bekanntmachungen der Sowjetregierung einen umfassenden Einblick in die Situation der orthodoxen Kirche in Rußland von der Zeit der Revolution bis in unsere Tage.

Ueber das Thema „Kirche und Religion“ in der Sowjetunion sprach am Montagabend Jesuitenpater Czekała in der bis auf den letzten Platz besetzten Kirche von St. Elisabeth. Der Redner, der seine Ausführungen mit bezwingender Objektivität vertrat, gab an Hand von Zahlen, schriftlichen Dokumenten und administrativen Bekanntmachungen der Sowjetregierung einen umfassenden Einblick in die Situation der orthodoxen Kirche in Rußland von der Zeit der Revolution bis in unsere Tage.

Ueber das Thema „Kirche und Religion“ in der Sowjetunion sprach am Montagabend Jesuitenpater Czekała in der bis auf den letzten Platz besetzten Kirche von St. Elisabeth. Der Redner, der seine Ausführungen mit bezwingender Objektivität vertrat, gab an Hand von Zahlen, schriftlichen Dokumenten und administrativen Bekanntmachungen der Sowjetregierung einen umfassenden Einblick in die Situation der orthodoxen Kirche in Rußland von der Zeit der Revolution bis in unsere Tage.

Stadtgeschehen - kurz belichtet

Eine Großkundgebung für die Freilassung der Kriegsgefangenen und Zivilinternierten findet am Sonntag, den 27. 11., 11 Uhr, im Konzerthaus statt.

Zum Weihnachtsspiel unseres Oberbürgermeisters wird ergänzend mitgeteilt, daß außer den Sammlern und Sammlerinnen folgende Stellen ebenfalls Geld- und Sachspenden entgegennehmen: Die Stadt, Flüchtlingsstelle, Gartenstraße 33, Zimmer 33, und die Geschäftsstelle der IDAD, Sonntagstraße 2.

Als Dank und Anerkennung für ihren Einsatz im Rheinrindbad Rappentwörth erhielten 19 Rettungsschwimmer von der Stadtverwaltung je eine Jahreskarte für das Schwimmbad im Vierortbad.

Zwölf Edelrostbäume wurden in einer der letzten Nächte aus einem Hausgarten in der Zepelinstraße entwendet.

Treibstoffmarkenausgabe. Die Treibstoffmarken für den Monat Dezember werden ab Montag, den 23. 11., in der ehemaligen Genadier-Kasernen, Moltkestr. 12, Zimmer 11, auszugeben.

Verkehrsschilder mit englischer Beschriftung. Nach einem Beschluß des Stadtrates werden die in deutscher Sprache beschrifteten Verkehrsschilder — vorläufig an Einbahnstraßen und für Geschwindigkeitsbegrenzungen — auch eine englische Aufschrift erhalten.

Die Auszahlung von Unterhaltsbeihilfen für Angehörige von Kriegseingesessenen findet künftig am 29. und 30. jeden Monats bei der Wohlfahrtskasse, Amalienstraße 33, statt.

Ausschlußfrist verlängert. Das Besatzungskostenamt teilt mit, daß die am 14. 1. 1949 im Amtsblatt Nr. 2 angegebene Ausschlußfrist (31. 1. 1949) nach einer Anordnung des Headquarters European Command (Circular 157) bis zum 31. 12. 1949 verlängert worden ist.

Frühe und heutige italienische Dichtung

Die italienische Gesellschaft veranstaltet mit Unterstützung des Amerika-Hauses einen Abend italienischer Dichtung, dessen Gestaltung in der Hand von Fräulein Maria Pinazzi lag.

Die italienische Gesellschaft veranstaltet mit Unterstützung des Amerika-Hauses einen Abend italienischer Dichtung, dessen Gestaltung in der Hand von Fräulein Maria Pinazzi lag. Diese machte den neuarztigen Versuch, die Gedichte rhythmisch im Chor sprechen zu lassen, wobei bewußt Stimmen jeder Höhenlage vertreten waren.

Vor der Kath. Arbeitsgemeinschaft spricht am Freitag, den 25. 11., 20 Uhr, im Albert-Magnus-Haus, Hirschstr. 103, der Leiter des Deutschen Volkswarfbundes, Dr. Calmes, Köln, über das Thema: „Im Kampfe um die öffentl. Sittlichkeit“.

Beethoven-Zyklus. Der zweite Teil des Beethoven-Zyklus mit Detlef Kraus beginnt am Samstag, den 26. 11., um 19.30 Uhr, im Munzsaal.

Gewerkschaften aus den ganzen Debatten über diese Fragen herausgehalten sollen, da nach Ansicht der Handwerker das Lehrverhältnis ein Erziehungsverhältnis sei, das lediglich der Meister und der Erziehungsrechtigte auf vertraglicher Basis abschließen.

In einem anderen Zusammenhang gab Beigeordneter Dr. Ball bekannt, daß sich in nächster Zeit ein Betrieb der Textilbranche in Karlsruhe niederlassen werde, der 300 Frauen Arbeitsmöglichkeiten biete.

Ganz allgemein zeigte das nahezu dreistündige Frage- und Antwortspiel in dessen Verlauf u. a. noch die Probleme des Doppelverdienstertums und der völlig ungenügenden Bezahlung der Hausgehilfinnen behandelt wurden — wie nüchtern und sachlich auch Frauen Alltagsfragen in aller Öffentlichkeit diskutieren können, wenn es nur gelingt einen solchen Ausspracheabend mit dem entsprechenden Themenkreis in die richtige Bahnen zu lenken.

Ueber den Lohnsteuerjahresausgleich für 1949 hat das Landesfinanzamt Baden eine Bekanntmachung erlassen, deren Wortlaut im heutigen Anzeigenteil zu lesen ist.

Basketball. Der neugegründete BCK trägt am heutigen Freitag, um 19.30 Uhr, in der Forstner-Kaserne gegen den vorjährigen deutschen Meister, den PB Heidelberg, sein erstes Pflichtspiel aus.

Im Haus der Jugend, Weinbrennerstraße 18, werden am Samstag, den 26. 11., 19.30 Uhr, „Das Kälberbrüten“ und „Der tote Mann“ von Hans Sachs aufgeführt.

Die Internationale Artistenloge, Ortsvertretung Karlsruhe, veranstaltet am Freitag, den 25. 11., 15 Uhr, im Passage-Palast („Eule“), eine außerordentliche Versammlung, zu der alle arbeitslosen und tätigen Artisten eingeladen sind.

Die SAZ gratuliert. Am gestrigen Donnerstag konnte Dr. Eberhard Knittel, der Inhaber der Firma G. Braun (vorm. G. Braun'sche Hofbuchdruckerei und Verlag GmbH.), seinen 56. Geburtstag begehen.

Goldene Hochzeit. Die Eheleute August König, Knieling, Reiterstr. 1, feierten am 23. 11. das Fest der Goldenen Hochzeit. Der Oberbürgermeister und der Landespräsident übermittelten dem Jubelpaar ihre herzlichsten Glückwünsche.

Arbeitsjubiläum. Otto Weber feierte in diesen Tagen sein 25jähriges Arbeitsjubiläum bei der Firma Junker & Ruh A.-G.

Kammerkünstlerabend im Girl Center

Im Girl Center in der Schubertstraße sprach Elisabeth Mebner-Lucan im Rahmen eines Kammerkünstlerabends Emil Strauß' Novelle „Der Schleiher“. Bei dem aufgeschlossenen folgenden Publikum fand die verstehende Menschlichkeit im Wort des Dichters tiefen Nachhall.

Im Staatstheater... findet heute um 19.30 Uhr eine einmalige Sondervorstellung der Lehar-Operette „Die lustige Witwe“ bei kleinen Preisen statt.

Aus den Rundfunkprogrammen

Freitag, 25. November
8.00: Rundf.: 11.45 Kulturumschau; 14.00 Schulfunk; Geschichte (aus unseren Tagen); 14.30 IRO-Schiedsamt; 15.30 Börsenkurs; 15.45 Kinderfunk; 16.00 Concerto grosso g-moll v. Händel; Konz. f. Horn u. Orch. Es-dur v. Mozart; Ballettaufz. II v. Gluck-Motil; 17.00 Froh u. heiter; 18.00 Aus d. Wirtschaft; 18.15 „Grüezi“, Schweizer Schallplatten; 18.30 Von Tag zu Tag; 20.00 Kling, Wochentag; 20.30 Ouv. z. „Turandot“ u. „Abu Hassan“ v. Weber, symph. Dichtung „Tod u. Verklärung“ v. Strauß; 21.00 Die Woche in Bonn; 22.00 Sendung der württ.-bad. Studentenschaften; 22.10 Tanzmusik; 22.50 Badisch. Theaterbericht; 23.00 „Märchenabende“ f. Klav., Klarin. u. Bratsche v. Schumann; 23.15 Gespräch: „Der Untergang d. Optimismus“; — Studie Karlsruhe: 6.05 Frühmusik (K'her Volksmusik, Lit. L. Egler); 13.00 Echo aus Baden; 16.45 Ueber neue Bücher (H. Th. Bauer); — 8.00 Sendung: 20.00 Trio Nr. 5 f. Ffite, Cello u. Klav. v. Beethoven, Adagio con variazioni f. Cello u. Klav. v. Respighi, Quintett f. 2 Violinen, Viola u. 2 Celli in C-dur v. Boccherini; 20.45 H. Thoma d. Malerport; Hörf. v. Dr. B. Berger; 21.30 Volksmusik und Chorgesang.

Vielfach trüb

Vorhersage des Amtes für Wetterdienst Karlsruhe, gültig bis Samstagfrüh: Ueberwiegend bedeckt, höchstens kurzfristig etwas auflockernd, dunstig, zum Teil neblig, strichweise etwas Niederschlag. Temperaturen meist zwischen 3 und 7 Grad, nur bei nächtlicher Auflockerung zum Teil bis etwas unter 0 Grad sinkend. Schwache Winde.

65 Pfennig!

Kavon beweist, daß eine gute Zahnpasta auch preiswert sein kann!



Ein Erzeugnis der ODOLO-Werke



### Malscher Jugend wünscht sich ein Schwimmbad

Die Diskussion des Malscher Jugendparlamentes in der vergangenen Sitzung war wieder mit gemeindepolitischen Fragen ausgefüllt. Die einzelnen Punkte der vorliegenden Tagesordnung wurden bald erledigt, so daß man sich mit dem Bau eines Schwimmbades befassen konnte. Das frühere Bad existiert nicht mehr, da die Gemeinde auf diesem Platz ein Zwölffamilienhaus errichtet hat. Ein Ausschuß des Jugendparlamentes soll die erforderlichen Vorarbeiten für den Bau eines Schwimmbades leisten. Die Jugend weiß genau, daß die Mittel der Gemeinde in den nächsten Jahren nicht ausreichen werden, um dieses Projekt zu beginnen. Die erforderlichen Gelder sollen durch verschiedene Veranstaltungen, die während des Winters und des kommenden Frühjahrs stattfinden, beschafft werden. Im Rahmen einer Sportwoche will man alle Sportfreunde mit dem Gedanken des Schwimmbadbaues bekanntmachen. Ein Seifenkistenrennen im Frühjahr soll dann die Eltern und die Jugend vereinen. Die Jugend will durch diese praktische Mithilfe beweisen, daß sie nicht nur Wünsche hat, sondern auch bereit ist, Opfer zu bringen.

### Lehrgang und Übergangsprüfung für Gemeindebeamte

55 mit hoheitlichen Aufgaben betraute Angestellte haben sich gemeldet

In der Zeit nach dem Zusammenbruch, vor allem in den Jahren 1945 und 1946 kamen auf Grund der damaligen Verhältnisse eine große Zahl von Personen als Bedienstete (z. B. als Ratschreiber, Gemeindevorsteher usw.) in die Gemeindeverwaltungen, die bis zu diesem Zeitpunkt entweder noch nie oder nur als Angestellte in einer Verwaltung tätig waren. Durch ihr neues Amt, in welchem sie sich im allgemeinen gut bewährten, haben sie eine Reihe hoheitlicher Aufgaben zu erfüllen. Da nun einerseits nach Art. 93 der württembergisch-badischen Verfassung nur Beamte mit hoheitlichen Aufgaben betraut werden dürfen, andererseits jedoch diese in den Jahren nach 1945 neu eingetretene Kommunalbediensteten bis jetzt nicht Beamte werden konnten, da sie die nach dem Beamtengesetz hierfür vorgeschriebene Prüfung nicht abgelegt haben, war es allen Beteiligten seit längerer Zeit klar, daß hier durch Ausschreibung und Durchführung von Prüfungen Abhilfe geschaffen werden müsse. Die Vorschriften der Landesbeamtenstelle Württemberg-Baden vom 23. September 1948 haben hierzu die Möglichkeit geschaffen, da nunmehr politisch unbelastete Angestellte, die mit hoheitlichen Aufgaben betraut wurden oder seit 5 Jahren im öffentlichen Dienst stehen, und die sich nach Feststellung ihrer obersten Dienstbehörde auf einem anerkannten Beamten-

### Autobahn-Gesellschaft zahlt keinen Pachtzins

Auch das Forum in Wolfartsweier zeigte zahlreiche Probleme auf

Die rund 250 Einwohner, die anlässlich des letzten Forums am vergangenen Dienstag in Wolfartsweier den Saal füllten, wußten den Abend trefflich zu nutzen, um über einige für sie und die Gemeinde wesentliche Punkte Aufschluß zu erhalten. Am meisten lag den Anwesenden die Autobahn am Herzen deren Gesellschaft die Einfahrt in Wolfartsweier vor längerer Zeit aus Gründen der Verkehrssicherheit gesperrt hat und damit eine beträchtliche Mißstimmung unter den Einwohnern auslöste. Reg. Direktor Kühn sowie Landrat Groß versprachen sich bei der Gesellschaft für die berechtigten Interessen der Gemeinde einzusetzen, zumal der nächste Fragesteller ebenfalls mit der Autobahn auf dem Kriegsfuß stand, weil diese beim Bau der Bahn Gelände pachtweise von den Bauern erwarb, bis heute aber vergaß, den in Aussicht gestellten Pachtzins zu entrichten.

Die zerstörte Brücke am Rangierbahnhof Durlach war ein weiterer Punkt der die Gemüter erhitze, da eine beträchtliche Anzahl Arbeitnehmer aus Wolfartsweier und den benachbarten Ortschaften wegen dieser seit fast sechs Jahren zerstörten Brücke einen Um-

weg von 40 Minuten machen müßten, um nach Karlsruhe zu gelangen. Auch in dieser Angelegenheit versprach Landrat Groß sich mit der Karlsruher Stadtverwaltung und der Bahn in Verbindung zu setzen, da sie allein als Verkehrsträger für den Wiederaufbau zuständig seien. Reg. Dir. Kühn meinte, daß in der Umgebung des Regierungssitzes Stuttgart solche Fragen sicherlich nicht mehr gestellt werden brauchten, da sie höchstwahrscheinlich längst bereinigt seien.

Eine Frage, die ebenfalls Beifall bei den Einwohnern auslöste, war die Rückgabe des Schwimmbades, das immer noch von den Alliierten beschlagnahmt ist, das aber meist nur von wenigen Besatzungsangehörigen benutzt wurde. Wie der Bürgermeister dazu erklärte, ist es seinen Bemühungen noch in der Amtszeit von Mr. Gidaly gelungen, die Freigabe mündlich zugesagt zu bekommen. Mr. Gardener, der jetzige Residenz-Offizier, erklärte, er werde sich mit Heidelberg in Verbindung setzen, um auch die schriftliche Freigabe baldmöglichst zu erlangen.

Ein unter Umständen auch für Karlsruhe bedeutsames Thema, war die Verbesserung der Wasserversorgung. Da die Quellen infolge des trockenen Sommers nahezu restlos erschöpft sind, schlug ein Vertreter des Wasserwirtschaftsamtes einen eventuellen Anschluß an das Karlsruher Wasserrohr vor. Der einstimmige Protest gegen das verlorne Karlsruher Wasser gab ihm Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß der starke Chlorzusatz auf Befehl der Alliierten Besatzungsmacht zugesetzt werden müsse, obwohl das Wasser auch sonst keimfrei sei. Mr. Gardener versprach, sich der Angelegenheit anzunehmen und zu versuchen, daß im Interesse der Karlsruher eine Aenderung herbeigeführt werde. Jo.

### Linkenheimer Gemeindegesechen

In der Generalversammlung des Reit- und Fahrvereins Linkenheim wurden zum 1. Vorstand Heinrich Körber, zum 2. Vorstand Heinrich Metz, zum Schriftführer Erich Heger, zum Kassier Lehrer Ledner, zum 1. Reitlehrer Albert Ratzel und als Beisitzer Fritz Zwecker und August Heuser wiedergewählt. Außer der Abhaltung eines Familienabends, für dessen Ausgestaltung ein Vergnügungsausschuß gewählt wurde, sieht das Programm des kommenden Jahres ein Schaulaufen, ein Turnier und ein Pferderennen vor. Außerdem soll am Montag, den 28. 11. ein jeweils wöchentlich bei Emil Ritz, Hauptstraße 9, stattfindender theoretischer Unterricht (reitportlicher Kursus) beginnen zu dem vor allem auch Damen eingeladen sind. Da die Reitplatzfrage noch immer nicht geklärt ist, wird sich die Vereinsleitung wegen eines geeigneten Geländestreifens mit der Gemeindeverwaltung in Verbindung setzen.

Am kommenden Sonntag hält der Kaninchenzüchterverein im Baum-Saal eine Ausstellung ab. Die Einwohnerschaft ist hierzu freundlich eingeladen. — Am 4. Dezember veranstaltet der Musikverein „Harmonie“ im „Grünen Baum“ ein Konzert. Der Gesangsverein „Sängerbund“ wird den gesanglichen Teil bestreiten. — Am Samstagabend treffen sich im „Löwen“ die Vereinsvorstände und Beauftragten der Reitvereine Hardt zu einer weiteren Besprechung. — Bei der am Montag im Adler abgehaltenen Versammlung des Tabakbauvereins referierte Vorstand Zwecker über die am 19. November in Schwetzingen stattgefundenen Tabakeinschreibung der Sandblätter aus der diesjährigen Ernte. Hiernach erhalten die Pflanzler der Gruppe I 233 DM und Gruppe II 220 DM pro Zentner. Heg.

dienstposten am 1. Juli 1948 mindestens 2 Jahre lang voll bewährt haben, zu einer einmaligen Uebergangsprüfung zugelassen werden können.

Zur Vorbereitung auf diese Uebergangsprüfung, zu der sich im Landkreis Karlsruhe 52 Angestellte der Gemeindeverwaltungen des Landkreises Karlsruhe und 3 Angestellte der Landkreisverwaltung gemeldet haben, findet beim Landratsamt unter Leitung des Herrn Regierungsrats Karle ein Vorbereitungslehrgang statt. In diesem Lehrgang werden die Prüfungswärter in 115 Unterrichtsstunden durch Beamte des Landratsamtes in den wichtigsten Bestimmungen des öffentlichen wie auch des Privatrechts geschult. Der Unterricht findet jeden Freitag und Samstag vormittag statt, sodaß voraussichtlich Ende Februar oder Anfang März nächsten Jahres die für die Anstellung als Beamter vorgeschriebene Uebergangsprüfung durchgeführt werden kann. Durch diesen Lehrgang und die anschließende Prüfung hat die Öffentlichkeit den Vorteil, späterhin auch in den Gemeinden nur ausgebildete und geprüfte Beamte zu besitzen.

### Für ein Projekt:

### Angebote zwischen 6800 und 19000 DM

Ettlinger Stadtrat beschließt Wiedereinführung der früheren Ortsbauordnung

Bereits der erste Punkt auf der Tagesordnung der Ettlinger Stadtratssitzung am Mittwochabend, nämlich die Vergabe von Arbeiten auf dem Submissionswege für eine Wegausbesserung im Stadtwald, führte zu keinem Ergebnis und mußte vertagt werden. Die Sprecher der einzelnen Fraktionen nahmen zu den Angeboten, die zwischen 6800 und 19000 DM lagen, Stellung, wobei die verschiedenen Ansichten auf keinen einheitlichen Nenner gebracht werden konnten. Ge-

gen das niedrigste Angebot, das von einigen als tragbar angesehen wurde, protestierten die Vertreter des Arbeitsamtes, da der Unternehmer auf Grund ihrer Kenntnis die Notstandsarbeiter über die Gebühr ausnutzte.

Ein Vorschlag Bürgermeister Rimmelspachers, die Ortsbauordnung aus dem Jahre 1910, die 1938 außer Kraft gesetzt wurde, wieder einzuführen, fand die einstimmige Zustimmung des Gemeinderates. Die Stadtverwaltung wurde ermächtigt, einige, den heutigen Bedürfnissen nicht mehr entsprechende Paragraphen abzuändern. Weiter wurde einem Antrag der jüdischen Gemeinde auf eine nochmalige Entschädigung für den Synagogenplatz in Höhe von 1800 DM, zuzüglich 100 DM Zinsen, zugestimmt.

Ein kleines Nachspiel fand der Gerichtsbericht einer Karlsruher Zeitung, in dem festgestellt worden war, daß ein zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilter Ettlinger Einwohner namens Burgmann nach dem Zusammenbruch als Stadtrat tätig gewesen sein sollte. Der ehemalige Bürgermeister Dr. Carnier bezeichnete die Angelegenheit in einem Brief an den Gemeinderat als Diffamierung der Stadtverwaltung. Wie in der anschließenden Diskussion festgestellt wurde, war Burgmann zwar nicht Stadtrat, aber doch als Adjutant des Bürgermeisters Strauß auf dem Rathaus tätig und hatte in der damaligen Zeit sogar ein eigenes Dienstzimmer, aus dem er erst von Dr. Carnier, als dieser den Posten des Bürgermeisters übernahm, verwiesen wurde. Jo

### Nachrichten aus Bretten und Umgebung

#### Wird die Umgehungsstraße gebaut?

In den letzten Tagen wurden auf der Brettener und Diedelsheimer Gemarkung mit der wiederholt in öffentlichen Diskussionen behandelten Umgehungsstraße in Zusammenhang stehende Vermessungsarbeiten durchgeführt. Bei den Arbeiten handelt es sich nicht um die endgültige Festlegung einer Umgehungsstraße, sondern lediglich um Vorarbeiten für eine neue Bundesstraße Mannheim-Ulm, die aber, falls sie gebaut wird, an Bretten vorbei führt und so für die Brettener Verkehrsverhältnisse eine wesentliche Entlastung bringen würde.

#### Lehrertagung in Bretten

Bretten (MLO). Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Verbindung mit dem Verband badischer Lehrer und Lehrerinnen macht auf die am 26. Nov., 15 Uhr, im alten Volksschulgebäude in Bretten stattfindende Tagung des Brettener Bezirkslehrerverbandes aufmerksam, zu der die gesamte Lehrerschaft des hiesigen Bezirkes, sämtliche außer Dienst stehenden Kollegen und Rubstandsbeamten eingeladen sind. Es spricht der badische Redakteur der Süddeutschen Schulzeitung, Hptl. A n s m a n n, Birkenfeld.

#### Zusammenstoß zweier Lastzüge

Auf der Melanchthonstraße stießen am Montag zwei Fernlastzüge zusammen. Personen kamen bei dem Unfall nicht zu Schaden, dagegen wurden die Fahrzeuge beschädigt.

#### Verkehrsunfall mit Todesfolge

In Knittlingen stürzte ein Teil der Ladung eines Fernlastzuges auf eine gehbehinderte Frau. Die Bedauernswerte erlitt dabei tödliche Verletzungen.

#### Witwen- und Waisenrenten

Die Stadtverwaltung macht darauf aufmerksam, daß Frauen, deren Männer verstorben oder gefallen sind, neben der KB-Rente unter gewissen Voraussetzungen Anspruch auf Witwen- bzw. Waisenrente haben, wenn der Ehegatte vor seiner Einberufung versicherungspflichtig beschäftigt war. Auskünfte über alle Rentenangelegenheiten werden im Rathaus, Zimmer 10, erteilt.

#### Räume dürfen wieder mit Gas geheizt werden

Das durch den Kontrollrat erlassene Gesetz über das Verbot der Heizung von Räumen mit Gas ist aufgehoben worden. In Zukunft können also auch Räume wieder mit Gas geheizt werden. Auskünfte über die Gaspreise erteilen die Städtischen Werke. II.

Von der Stadtkasse und der Kartenstelle Das Einstreuen im Farrenstall für den Monat Dezember wird heute im Rathaus öffentlich versteigert. — Deckreisig wird morgen im Schlachthaus von der Stadt zum Verkauf angeboten — Unterhaltshilfe — Empfänger, die am 21. November ihre Beihilfe nicht abgeholt haben, werden ersucht, dies

sofort bei der Stadtkasse nachzuholen. — Bei der Kartenstelle sind weitere Zulagekarten eingetroffen. — Landwirte, die ihre Berechtigungscheine zum Bezug von Mais und Milchkorn als Sonderzuteilung bei Ernteausschlag und geringer Futterernte noch nicht abgeholt haben, können diese bei der Kartenstelle in Empfang nehmen, wo außerdem auch die von Gewerbebetrieben beantragten Brennstoffbezugsscheine zur Abholung bereit liegen.

#### Raffinierter Einbruchdiebstahl

Dürrenbüchig (a) Ein verwegener Einbruchdiebstahl in das Bahnhofsgebäude wurde in den Abendstunden des Samstags ausgeführt. Während einige der Diebe in Gestalt eines fingierten Verkehrsunfalls ein Ablenkungsmanöver inszenierten, schlugen andere das Schalterfenster im Warteraum ein und gelangten auf diese Weise in den Stationsraum, wo sie einen in der Kasse befindlichen Geldbetrag entwendeten. Von den Tätern, die unerkannt entkamen fehlt jede Spur.

### Mörscher Gemeinderat behandelt Personalfragen

Der neue Forstmeister lobt Aufforstungsarbeiten der Gemeinde

In der letzten Sitzung des Gemeinderates wurden in Anwesenheit des Architekten Winter, Mörsch, die Maurer- und Betonarbeiten für den provisorischen Ausbau des alten Rathausgebäudes vergeben. Insgesamt waren fünf Firmen an der internen Submission beteiligt. Vier Offerten sind eingegangen. Nach sorgfältiger Ueberprüfung der Angebote wurden die Arbeiten der Firma Müller, Karlsruhe, einstimmig übertragen. Diese Firma hat gegenwärtig 19 Mörscher Maurer, bzw. Maurer-Poliere beschäftigt. — Dann wurde eine Diskussion über Personalfragen der Gemeindeverwaltung geführt. In der Hauptsache drehte es sich um die Verringerung des Personals der Kartenstelle. Die Mehrzahl der Gemeinderäte beschloß dem Kartenstellpersonal und einer Aushilfskraft im Standesamt vorsorglich auf den 1. April 1950 zu kündigen. — Im weiteren Verlauf der Sitzung gab der Bürgermeister bekannt, daß dieser Tage der neu ernannte Forstmeister seinen Antrittsbesuch abgestattet hatte. Der neue Forstmeister zeige für die Neuaufforstung vollstes Verständnis und gehe mit den bisher von der Gemeinde vertretenen Anschauungen einig. Der Forstmeister habe sich sehr lobend über die Aufforstungsarbeiten geäußert. — Zu der beabsichtigten Bildung eines Ortschulrates hält es der Bürgermeister für zweckmäßig, vorher einen Elternabend zu veranstalten und hierbei auch Mitglieder aus dem Kreise der Eltern zu wählen. Ueber diesen Punkt wird sich der Gemeinderat in der nächsten Sitzung nochmals unterhalten. — Als Nachfolger des ausgetretenen amtlichen Schätzers Alois Neu wurde Otto Deck, Zimmermeister, vom Gemeinderat vorgeschlagen. — Der Kleintier-

züchterverein führt am 26. und 27. November 1949 seine diesjährige Herbstschau im Gasthaus zum Ochsen durch. — Alle Fürsorgeunterstützungsempfänger können auf Antrag eine Winterbeihilfe erhalten. — Nur erfreute Gesichter gab es am letzten Sonntag im Gasthaus zum Ochsen, wo der Tabakverein die Gelder für den abgelieferten Tabak zur Auszahlung brachte. Als Vertreter des Tabakforschungsinstituts Forchheim war Herr Orbeck anwesend und gab den Anplanzern interessante Anregungen zur erhöhten Ernteleistung in qualitativer und quantitativer Hinsicht. H. W.

#### Wasserwirtschaftsammt begutachtet Siedlungsgelände

Kleinsteinbach (w-b). Die Interessenten an der Realschulversteigerung im „Hundsstangenwäldle“ treffen sich heute nachmittags, 14 Uhr, am Rathaus. — Der Ortsverein des Roten Kreuzes wird am Sonntag in Stupferich ein Theaterstück aufführen. In 14 Tagen soll diese Veranstaltung auch in Kleinsteinbach stattfinden. — Vom Posaunenchor wird am Samstag und Sonntag der Veranstaltungsreigen mit dem Theaterstück „Graf von Falkenstein, der Brudermörder“ eröffnet. Beginn jeweils um 20 Uhr im Saal des Gasthauses zum „Ochsen“. Nachdem am Montag das Wasserwirtschaftsammt das vorgesehene Siedlungsgelände an der Pfalz begutachtet hat, ist ein weiterer Schritt zur Verwirklichung des Projekts getan worden. — Der Gemeinderat beschließt am Sonntagmorgen die bei der Friedhofsplanung geleisteten Arbeiten. — Kommen die Mittwoch zeigen die „Badenia-Lichtspiele“ im „Ochsen“ den Lustspiel „Oh, diese Männer“.

### Blankenloch erhielt 3 neue Glocken

Die schnellst erwarteten, bisher noch fehlenden drei Kirchenglocken wurden von der Gemeinde festlich und mit großer Freude empfangen. Nach ihrer Ankunft im Ort wurden die Glocken in einem großen Festzug zu dem mit Girlanden geschmückten Platz vor die Kirche gefahren. Dort hatte sich bereits eine große Menschenmenge eingefunden, um der Feier beizuwohnen. Bürgermeister Haisch hielt als Vertreter der Gemeinde eine Begrüßungsansprache. Er sagte, daß die Glocken zur rechten Zeit gekommen wären, um in der renovierten Kirche ihren Platz zu haben. In einem Rückblick auf die vergangene Zeit betonte Kirchengemeindevorstand Strähle, daß die Glocken in einem Menschenalter zweimal vom Turm geholt wurden. Er wünschte, daß sie in Zukunft zur Ehre Gottes läuten mögen. Pfarrer Neßler dankte vor allem der opferwilligen Bevölkerung, ohne deren Hilfe es nicht möglich gewesen wäre, die Glocken anzuschaffen. Die Gesangsvereine, der Musikverein und der Posaunenchor gaben der Feier den musikalischen Rahmen.

Die Einweihung der Glocken findet am kommenden Sonntag unter Mitwirkung einiger Vereine durch Landesjugendpfarrer Hermann während des Gottesdienstes statt. An diesem Tag wird das neue Geläut zum ersten Mal im Vierklang ertönen. Na.

### Die Schafzucht in Baden

Osterburken (i). Rund 140 Schafhalter aus Nordbaden kamen in diesen Tagen hier zu einer Schaffahrtstagung zusammen. Aus den einzelnen Referaten ging eindeutig hervor, daß die Schafzucht in Baden in den letzten Jahren wieder einen Aufschwung genommen hat. Von 124 000 Schafen im Jahre 1884 hatte Baden 1914 noch 40 000. Im Jahre 1918 waren es 60 000 und 1920 bereits wieder 79 000. Die im Jahre 1927 gegründete Arbeitsgemeinschaft erreichte eine einheitliche Gesetzgebung und eine gewisse Stabilisierung der Wollpreise. Das Krisenjahr 1932 brachte den größten Rückschlag. Der Schafbestand sank auf 37 000 Stück. 1933 wurde der Verband der Badischen Schafzüchter gegründet. Die autarkistischen Bestrebungen der nachfolgenden Zeit brachten sodann wieder einen gewissen wirtschaftlichen Aufschwung. Die Erfassung und Ableiferung der Wolle zu Festpreisen wurde eingeführt. 1943 war der Schafbestand in Baden wieder auf über 90 000 Stück angestiegen. Entsprechend dieser Entwicklung wurde auch der Schafnachwuchs herangebildet. Im Jahre 1945 setzte erneut als Nachkriegsfolge eine rückläufige Bewegung ein. Seit Oktober 1949 ist die Verordnung zur Erfassung, Ableiferung und Preisfestsetzung für Schafwolle abgelaufen, ebenso die Höchstpreisfestsetzung für Schafwollen.



Durlach, Ruf 880  
täglich ab 14.30 Uhr  
**Die drei Dortheligen**  
Sticht. Bonn. Wily Rache!

**ULI - Ettlingen**  
Bis einschl. Montag  
**Verführte Hände**  
mit Albrecht Schoenhals, Karin Himbold, Viktor Staal  
Dienstag bis Donnerstag  
**Das Ei und Ich**  
Beginn:  
Wo. 16.00, 20.00, Sa. 17.00, 19.15,  
21.30, So. 14.00, 16.00, 18.00, 20.00

Ämtliche Bekanntmachungen

**BEKANNTMACHUNG**  
An die Arbeitgeber u. Arbeitnehmer im Landesbezirk Baden.  
Der Lohnsteuerjahresausgleich für 1949 wegen unständiger Beschäftigung oder wegen schwankenden Arbeitslohnes des Arbeitnehmers wird abweichend von der Vorschrift des § 35 Abs. 3 der Lohnsteuerdurchführungsverordnung 1948 nicht durch den Arbeitgeber vorgenommen, sondern wie für 1948 durch das Finanzamt.

Es ist beabsichtigt, ähnlich wie für 1948, auch für 1949 einen erweiterten Lohnsteuerjahresausgleich durchzuführen.  
Die Einzelheiten (insbesondere Antrag und Antragsfrist) werden durch besondere Anordnungen noch geregelt werden. Es erübrigt sich deshalb einzustellen auch bei den Finanzämtern wegen des Lohnsteuerjahresausgleichs vorzusprechen.

Karlsruhe, 17. November 1949.  
Landesfinanzamt Baden

Unterricht

Maschinenschreiben sowie deutsche u. engl. Stenografie lernen Sie rasch und gründl. in Tages- u. Abendkursen. Ermäßigte Preise u. Teils. Lehrmittel inkl. Kbs., Sofienstr. 87, Telefon 8888.

Verschiedenes

**Hämorrhoiden sind heilbar!**  
auch in schweren Fällen d. Kuzmassal (Salbe u. Zäpfchen). Tausendfach bewährt in Apotheken erhältl. Prosp. d. F. Lab. Schneider, Wiesbaden 137

**Leber-Gallenstörungen, Gallensteine, Gelbsucht?** Dr. Dr. Gross-Pfanzendorf, unschädlich, wirksame Kur. Reformhaus Neuland, Douglasstr. 24, b. Hauptpost.

**Wein vom Fab**  
Rot Liter 1.85  
Weiß 1.95  
**Arnold Stripf**  
Klauprechtstr. 21 - Ruf 5118

**Nur 5 DM**  
wöchentl. Rate, Anz. DM 25,-  
so günstig jetzt bei  
Fahrrad-Allgeier, Waldstr. 11

**Neu & preiswert!**  
Weiß u. roter Schwarzwiegen, 100 g - 30  
in Fleischbrühe, 100 g - 40  
Hausmacher-Leber- u. Griebenwürste, 100 g - 50  
Salami, 100 g - 65  
Große Auswahl in den feinsten Würstwaren!  
Echter Schwarzwälder Speck, Bauernschinken, roh- und gekochten Schinken

Bratgänse 500 g 2,-  
Bayr. Mastgänse 500 g 2,40  
Gänsebrust u. Schlegel 300 g 3,-  
Gänsekäse 500 g 1,80  
Dg. Suppenhühner 500 g 2,50  
Jungghänne, Mastenten  
Feldhasen, l. gant. 500 g 2,60  
Hasenbraten 500 g 3,-  
Hasenpast mit Bag 500 g 1,90

**Lebende GÄNSE** eingetroffen!

**Schindeler**  
Waldstr. 75/77 - Karlsruhe  
Kaiserstr. 191

**Die große Weihnachts-Überraschung!**



**KAUFHAUS Schneider KARLSRUHE**

Eröffnet **Freitag, 25. Nov.** nachmittags 15 Uhr  
Ecke Kaiser- und Kadstraße gegenüber der Hauptpost

Das neue Geschäftshaus, im Zentrum von Karlsruhe gelegen, mit seinen vielen Spezialabteilungen des täglichen Bedarfs wird eine Einkaufsstätte von **Qualitätswaren zu billigsten Preisen sein.**

Durch Großeinkäufe direkt bei den Fabriken sind wir in der Lage, unseren Kunden **außerordentliche Vorteile zu bieten.**

Unsere 18 Schaufenster zeigen Ihnen, was wir an Preiswürdigkeit und Auswahl bringen.

Die Zufriedenheit und das Vertrauen unserer Kunden aus Stadt und Land zu erwerben, wird stets unser Bestreben sein.

Wir laden Sie zu einem unverbindlichen Besuche ein

**Am Neubau Kaufhaus Schneider waren beteiligt:**

45 Seit 45 Jahren führe ich alle Innen- und Außenputz-Arbeiten zur Zufriedenheit meiner Kundschaft aus.  
**FRIEDRICH RATZEL**  
Stukkateur- und Gipsermeister  
Karlsruhe, Karlstr. 68, Tel. 3215

**Gebr. Kolb**  
Bau- und Möbelschreinerei - Glaserl  
Bochstr. 43 KARLSRUHE Telefon 2073  
Begründet 1872 Innenausbau - Spez.: Ladeneinrichtungen

**Ludwig Schirrich**  
Baunternehmung für Hoch-, Tief- und Eisenbetonbau  
**Karlsruhe i. B., Ettlinger Straße 22**  
Fernruf 1368

**BAUBEDARF Müller-Glauner-Taxis**  
Karlsruhe i. B., Karlstraße 108/112  
Telefon 7376, 7077, 7178  
Baumaterialien - Plattenspezialgeschäft - Isolierungen - Fliesen Steinbohlenböden - Estriche - Glasstahlbeton-Oberlichter. - Einmalig "RÜTTS-Platten" statt Innenputz verwendet.

**Architekt HEINRICH WIEGMANN, Karlsruhe, Wendstraße 18, Telefon 1010 / Entwurf u. Bauleitung**

**LADEN-EINRICHTUNGEN**  
BAU- UND MOBELSCHREINEREI  
**KARL MARTIN**  
Karlsruhe, Akademiestraße 9-11  
Ruf 1634

**Elektrische Anlage**  
Ingenieur **Erwin Vögele**  
KARLSRUHE  
Kantstraße 8 - Ruf 3408

**Ernst Maier**  
Spezial-Werkstätte für Laden-Ausbau  
**Bad Peterstal**  
Telefon 265

**Blechnerei und Installation Sanitäre Anlagen**  
**Friedr. Wolf**  
Karlsruhe, Akademiestr. 18  
Ruf 2737

**J. G. Steinwarz**  
Heizung - Lüftung - Fernheizwerke  
**KARLSRUHE, Bochstraße 19 - Telefon Nr. 1442**

**W. DALER**  
BAUSCHLOSSEREI  
MARKISEN-SCHERENGITTER  
Karlsruhe, Adlerstraße 7, Telefon 1258

**4000.- DM Baukostenzuschuß**  
zu vergeben für 4-5 Zimmerwohnung, Angebote unter Nr. 36 336 an KNZ.

**ALFRED MASSHOLDER**  
**Elektrische Anlagen**  
KARLSRUHE  
Amalienstraße 22 - Telefon 7309

**Holzbau-Ausführung durch Katz & Klumpp A. G. GERNSBACH** telefon 324  
Generalvertr. EMIL BECK, Architekt, Gernsbach, Tel. 569

**Zu mieten gesucht**  
2- oder 3-Zimmerwohnung mit Bad zu mieten gesucht. Baukostenzuschuß kann evtl. gegeben werden. Angb. unter 36 314 KNZ.

**Michael Veidt**  
**Kork**  
Schreinermeister  
Spezialwerkstätte für Ladenbau, Innenausbau und Büromöbel  
KORK, Telefon 15

**MOBELHAUS U. WERKSTÄTTE Gebr. Klein**  
KARLSRUHE IN BADEN  
KUPFERER STR. 14 - FERNRUF 973  
Einzelanfertigung von guten, formschönen Möbeln nach eigenen u. gegebenen Entwürfen Innenausbau und Ladeneinrichtungen

**OTTO WALDER Zimmergeschäft**  
INHABER OTTO und KURT WALDER  
Hallen- u. Treppenbau - Bauschreinerei u. Glaserl  
Karlsruhe, Wilhelmstraße 52-54, Telefon 912

**Der Weihnachts-Einkauf soll Freude bereiten!**  
Wir haben eine große Auswahl guter Qualitätswaren bereitgestellt  
**Anzüge, Mäntel Einzelhosen, Hausjoppen Eterna-Hemden und viele nette Geschenkartikel** lassen jeden das Richtige finden  
Bitte besuchen Sie uns unverbindlich  
**Settlage**  
Das Spezialgeschäft für Herren- u. Knabenkleidung  
Karlsruhe, Kaiserstraße 50  
Dem Kaufabkommen der Bad. Beamtenbank angeschlossen

**Zu verkaufen**  
1 gute Federklasse sowie eine Küchenwaage, billig zu verk. Durlacher Allee 18 par. links.  
1 R. Radio, Durlach, Auer Str. 27, III. Etz., 2 x lauten.  
Hausparvertrag zu verkauf. Angeb. unter 36 619 KNZ. Ettlingen.

**Zu kaufen gesucht**  
Gehr. gutgeh. Damenbüste, Gr. 44, zu kauf. gesucht. 36 177 KNZ.  
Hobelbank, gebr. kleiner Schrank, Angb. unter 3298 KNZ.

**Automarkt**  
Guthrod-Lieferwagen, 4 Rad, fahrb. u. verst., Baujahr 48, zu verk. Haack, Ettlingen, Tel. 78.

**Estoulen - Zugelufen**  
Drathhaar-Fox, u. d. Namen „Asta“ hörend, schwarz-weiß, Kopf br., einlauf, Abzug, 68g, Befehl, Malch, Khe., Körnerstr. 30, Tel. 3723.

**Heiraten**  
Weiches Fräulein schreibt mir? Bin Beamtin, 33 J., kath., Eigenheim vorh., kompl. Ausst., ist erwünscht. Briefe mit Bild unt. 36 179 KNZ.

**Stellen-Angebote**  
Großunternehmen der Markenartikelindustrie sucht **jüngeren Reisenden**  
gegen feste Bezüge bei sofortigem Eintritt. Bedingungen: Gute Schul- und Berufsausbildung möglichst in der Lebensmittel- oder Markenartikelbranche, PKW-Führerschein, Angebote mit Zeugnisabschriften, Lichtbild und handgeschriebenen Lebenslauf erbeten unter 36 427 KNZ.

**Beinschäden, oft Folge** Flechten, Furunkel, und alle Wunden sind heilbar durch **Ruuchsalbe**, in Apotheken erhältlich. Prosp. gratis d. Chem. Lab. Schneider, Wiesbaden 132

**Elektro-Ingenieur**  
mit abgeschlossener technischer Fachschulbildung. Grundausbildung möglichst als Elektro-Monteur, genauer Kenntnis der VDE-Vorschriften und mehrjähr. Praxis, für Bau- und Überwachung von Ortsnetzen und Installationen von Versorgungsunternehmen, 2. sof. Eintritt Kes. Ang. mit Lichtbild unter Nr. 36 422 an KNZ. erbeten.

**Stellungsangebote**  
Schneiderin sucht Heimarbeit gleichw. weibl. Art, Ang. unt. 36 907 KNZ.

**Geschäftliche Empfehlungen**  
Schriftgutachten für Heirats-, Gerichtswecke usw. Reinacher, Graphologe, K'he, Karl-Hoffmannstr. 9

**Reise-Schreibmaschinen**  
mit Koffer, DM 48.55 Anzahlung und 12 Monatsraten à DM 25,- K. Mühlhoff, Werdohl-Eveking 47.